

# DIE MITTELSTANDSFRAGE.

---

Von

Dr. Max Prager

München.

H. 201/202

USE CM

---

BERLIN.

Verlag von Leonhard Simion Nf.

1904.

DIE

# MITTELSTANDSFRAGE

Dr. Max Prager



Verlag von Ernst und Sohn in

## Vorwort.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist, nicht anders, wie jede organische Entwicklung, von der Verkümmernng veralteter Lebensformen begleitet, ohne welche kein Fortschritt möglich wäre. Diesen Prozeß künstlich aufhalten wollen, heißt darum nichts Anderes, als den Fortschritt hemmen, und selbst der Versuch, ihn zu verlangsamen, um auch dem Rückständigen Gelegenheit zu geben, sich veränderten Lebensbedingungen anzupassen, hat leicht dieselbe gemeinschädliche Wirkung, und zwar namentlich deshalb, weil dadurch der Einfluß reaktionärer Strömungen auf die Handhabung der Wirtschaftspolitik in unheilvoller Weise gestärkt wird. Denn der Leidenszustand, der sich für Viele in solchen Übergangszeiten einstellt, ruft nicht nur bei den Betroffenen selbst naturgemäß eine leidenschaftliche Reaktion gegen die wirklichen oder vermeintlichen Ursachen ihres Niedergangs hervor, sondern versetzt auch weitere Kreise der Bevölkerung in politische Gärung, indem das Mitleid und der Haß romantisch-sentimentaler und konservativ-reaktionärer Gemüter wachgerufen wird. Diese politische Gärung wird dann noch durch die Taktik der Parteien ungemein verstärkt, welche die in jeder Klassenbewegung ruhende politische Triebkraft wechselseitig auf ihre Mühle zu leiten bestrebt sind. Die sogenannte „Mittelstandsbewegung“, die von Haus aus eine reine Handwerkerbewegung ohne nachhaltigen politischen Einfluß gewesen ist, hätte niemals ihre gegenwärtige Bedeutung gewonnen, wäre ihr nicht auf diesem Wege fortgesetzt neue Nahrung zugeführt worden.

Mit wenigen rühnlichen Ausnahmen tragen fast alle politischen Parteien ihr Teil der Schuld an diesem Ergebnis. Denn fast alle haben sie der Bewegung — mindestens ge-

legendlich — Konzessionen gemacht. Den Löwenanteil des Erfolges, aber auch der Verantwortung bei diesem Wettbewerb um die Wahlstimmen der Kleingewerbetreibenden haben aber diejenigen politischen Großbetriebe davongetragen, welche den Anschein eines besonders günstigen Angebots erweckten und durch Veranstaltung von „Spezialtagen“ für Mittelstandsrettung, mit Hilfe bimetallistischer und antisemitischer „Lockartikel“ und durch ähnliche Mittel den politischen Kundenfang besonders talentvoll betrieben.

Denjenigen, welche solche Praktiken verabscheuen, fehlt es weder an Herz noch an Verständnis für die Leiden Vieler, welche im erbarmungslosen Kampf ums Dasein durch starres Festhalten an veralteten Anschauungen und Einrichtungen unterliegen. Sie verschmähen es nur, gleich den professionellen „Mittelstandsrettern“ den Leichtsinns, die Notlage und die Un-erfahrenheit für eigennützige — und trotz aller antikapitalistischen Propaganda oft stark kapitalistisch angehauchte — politische Zwecke auszubeuten, und die soziale Not dadurch zu vergrößern, statt sie zu verringern. Sie sind nur nicht gewissenlos genug, um gleich Jenen unter tönenden Phrasen, die von nationaler und ethischer Gesinnung triefen, unglückliche Menschen durch Erweckung trügerischer Hoffnungen auf staatliches Eingreifen von vernünftigen Maßnahmen der Selbsthilfe abzuhalten und den Geist der Selbstverantwortlichkeit in unserer Volks zu ertönen.

Dieser Auffassung der politischen und ethischen Seite der Mittelstandsfrage verdankt der vorliegende Vortrag seine Entstehung. Seine Wiedergabe im Nachstehenden entspricht in allem Wesentlichen der Form, in welcher der Vortrag am 15. Dezember v. Js. in der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ in Berlin gehalten wurde, von einzelnen Zusätzen abgesehen, welche im Interesse möglicher Klarheit der Entwicklung des Grundgedankens angezeigt erschienen.

München, den 15. Januar 1904.

**Dr. Max Prager.**

„Amerika, du hast es besser,  
Als unser Kontinent das alte,  
Hast keine verfallenen Schlösser  
Und keine Basalte.  
Dich stört nicht im Innern  
Zu lebendiger Zeit  
Unnützes Erinnern  
Und vergeblicher Streit.“

Goethe.

In diesem Kreise von der Handels- und Gewerbefreiheit zu sprechen, von dem großen Fortschritt, den ihre Einführung gegenüber dem früheren deutschen Rechtszustande bedeutete und von dem patriotischen Geiste der Männer, die für den Sieg des liberalen Gedankens in der deutschen Wirtschaftspolitik kämpften, würde Ihnen mit Recht als ein müßiges Unterfangen erscheinen. Sind doch die Männer, welchen wir die Handels- und Gewerbefreiheit und noch so manche andere glänzende organisatorische Einrichtung des jungen Reiches verdanken, dieselben, welche die Zierde Ihrer Gesellschaft gebildet haben und die ihr zum Teil noch heute angehören, und haben doch diese Männer das, was sie mit Fug und Recht als ihr Werk betrachten durften, auch an dieser Stelle mit besseren Gründen, als sie mir zu Gebote stünden, verteidigt, nachdem die Reaktion ihr finsternes Haupt über das deutsche Land erhoben hatte. Auch über die Mittel, welche die Freiheit selbst an die Hand gibt, um die Wunden zu heilen, die ihre Anwendung und ihr Mißbrauch durch den Starken und den Listigen dem Schwachen und dem Rückständigen schlägt, hätte ich Ihnen kaum etwas zu sagen, was nicht jeder liberal Denkende längst des öfteren ausgesprochen hätte. Was mich heute beschäftigen soll, ist vielmehr in erster Linie die Frage, wie die politischen Kräfte, welche der Zustand des Übergangs zu neuen Wirtschaftsformen, in dem wir uns befinden, in ge-



wissen Kreisen unseres Bürgertums ausgelöst hat, sich zu denjenigen verhalten, welche auf die Gestaltung unserer äußeren Handelspolitik von maßgebendem Einfluß sind, ohne dabei übrigens auf das rein Politische, den Einfluß der Parteien auf die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideenrichtungen und den Einfluß dieser Richtungen auf die Entwicklung der Parteien näher einzugehen<sup>1)</sup>. In zweiter Linie will ich dann versuchen, Ihnen nachzuweisen, welche Wirkungen sich aus dem Walten dieser beiden, seit nunmehr 25 Jahren unsere wirtschaftliche Gesetzgebung beherrschenden politischen Kräfte für die mittleren und unteren Klassen unserer Bevölkerung ergeben.

Der Boden, auf welchem sich diese Kräfte zuerst zu verbundenem Wirken zusammengefunden haben, ist die sogenannte Mittelstandspolitik. Die Frage, welche sich zunächst aufwirft, ist daher diese: Was versteht man unter dem Mittelstande und welcher Art ist die Politik, die unter seinem Namen gemacht wird?

Der Ausdruck „Mittelstand“ ist außerordentlich vieldeutig und man wird selten zwei Menschen finden, welche genau dieselbe Vorstellung damit verbinden.

Wenn man sich verständigen könnte, darunter lediglich die Gesamtheit der Personen mit mittlerem Einkommen und Vermögensbesitz zu begreifen, wie es die Amerikaner tun, wenn sie von den middle classes sprechen, so wäre schon einige Klarheit geschaffen. Zwar bliebe auch dann noch die Frage offen: bei welchem Einkommen hört das Proletariat auf, bei welchem fängt die Geldaristokratie an? Doch würde sich bei dieser Betrachtungsweise wenigstens ergeben, ob die Einkommensverteilung im Laufe der letzten Jahrzehnte sich auf Kosten der mittleren Schichten verschoben hat oder nicht.

Ganz exakt läßt sich freilich diese Frage auch nicht beantworten, da einerseits für die frühere Zeit zureichende statistische Aufschlüsse fehlen, andererseits die für die neuere Zeit vorliegenden Steuerstatistiken bei der Verschiedenheit der Steuersysteme eine unmittelbare Vergleichbarkeit nicht besitzen. Dazu kommt, daß die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung der Natur der Dinge nach durch die Steuerstatistik nur unvollkommen erfasst werden.

Aber soviel ergibt sich doch mit hinlänglicher Bestimmtheit an Hand der preussischen und sächsischen Einkommensteuerstatistik<sup>2)</sup>, daß die mittleren Schichten des Einkommens — sage von 900 bis 3000 Mark — zugenommen, nicht abgenommen haben. Diese Tatsache erhält ihre volle Bedeutung durch den Umstand, daß die Zahl der ganz kleinen Einkommen nicht minder stark zurückgegangen ist<sup>3)</sup>, während aus den oberen Zehntausend mehrere Hunderttausend geworden sind. Im ganzen ergibt sich, daß die Einkommensgliederung nach drei Hauptgruppen keine wesentlichen Veränderungen erfahren hat, wenn auch die Spannung zwischen den kleinsten und den größten Einkommen sich bei uns wie in allen Kulturländern kolossal vermehrt hat.

Der Mittelstand in diesem Sinne<sup>4)</sup> hat also seine alte Stellung mindestens behauptet.

Wir dürfen dabei zweierlei nicht unbeachtet lassen, einmal, daß sich die deutsche Bevölkerung im Laufe der letzten 75 Jahre verdoppelt hat und ferner, daß der Reichtum der Nation im ganzen in stärkerem Maße gestiegen ist, als der Bevölkerungsvermehrung entspricht. Dies bedeutet, da die Einkommensverteilung eine ungünstige Verschiebung nicht erlitten hat, daß heute doppelt so viel Menschen sich eines mittleren Einkommens erfreuen, als vor 75 Jahren<sup>5)</sup>, während Deutschland selbst, das vor 75 Jahren, als noch drei Viertel seiner Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten, ein armes Land gewesen ist, heute im Kreise der Völker seinem Reichtum nach zum oberen Mittelstande gehört.

Mit der quantitativen Erfassung der Einkommensgliederung der Volksgenossen und der Größe des nationalen Reichtums ist die uns beschäftigende Frage indessen nicht beantwortet, da man den Begriff „Mittelstand“ mit Vorliebe zur qualitativen Wertung einer bestimmten Bevölkerungsschicht zu verwenden pflegt.

Man verbindet damit gern die Vorstellung des Sicherem, Behäbigen, Staatserhaltenden. Man zeichnet den Mittelstandsmann gern im Biedermeierstil und stellt sich seine häuslichen Verhältnisse etwa in der Weise vor, wie uns Goethe in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ das Leben der Weber in einer mitteldeutschen Gebirgsgegend vor Eindringen des Maschinenwesens

beschrieben hat<sup>6)</sup>; man denkt an Personen, die sich, wiederum nach einer Charakteristik, die Goethe einmal vom Mittelstande<sup>7)</sup> gibt, „zwar in beschränkten, aber doch wohlhabigen, auch ein sittliches Behagen fördernden Verhältnissen befinden“. Verschiedentlich hat man versucht, von einem ähnlich umschriebenen Begriff des Mittelstandes ausgehend, nach objektiven Merkmalen wie Flächenumfang des Grundbesitzes, GröÙe des Gewerbebetriebs, Rangordnung im öffentlichen und privaten Dienst, Lohnhöhe u. dgl., seine ziffermäßige GröÙe zu erfassen, so Schmoller<sup>8)</sup> in seinem bekannten Vortrag auf dem 8. evangelisch-sozialen Kongress in Leipzig 1897, so Hugo Böttger in seiner Schrift „Vom alten und neuen Mittelstand“<sup>9)</sup>. Es sind bei diesen Schätzungen in den Mittelstand auÙer Handwerkern und Kleinkaufleuten mittlere Grundbesitzer und Unternehmer, höhere Angestellte, Beamte, Offiziere, Angehörige der liberalen Berufe und höher gelohnte Arbeiter einbezogen. Auch in dieser Betrachtungsweise erscheint der Mittelstand als eine ziemlich konstante GröÙe, die sich gegen frühere Zeiten keineswegs vermindert hat.

Neuerdings hat auch Sombart<sup>10)</sup> von einem anderen Gesichtspunkte aus und unter Ausscheidung der Angehörigen des Heeres und der liberalen Berufe eine ziffermäßige Schätzung versucht und ist zu dem Ergebnis gelangt, daÙ 12 539 478 Menschen unserer Bevölkerung (einschließlich der Angehörigen) dem bäuerlichen, gewerblichen und kommerziellen „Kleinbürgertum“ zuzurechnen sind (35 106 313 dem „Proletariat“)<sup>11)</sup>.

Allein weder die nach Beruf, Bildung und Lebensanschauung auÙerordentlich verschiedenen Bevölkerungsgruppen, welche Schmoller und Böttger zusammenfassen, noch auch das Sombartsche „Kleinbürgertum“ entsprechen dem Mittelstand in dem Sinne, in dem man von einer Mittelstandsfrage zu reden pflegt. Denn, wenn man diejenigen hört, welche am häufigsten und geräuschvollsten vom „Mittelstand“ sprechen, wenn man sich ferner die gesetzgeberischen Niederschläge der von ihnen betriebenen Agitation, die sogenannte „Mittelstandspolitik“, näher ansieht, so gewinnt es den Anschein, als hätten lediglich die Handwerker und Kleinkaufleute ein Anrecht, sich zum Mittelstande zu zählen. Man



pfl egt diese Einseitigkeit damit zu rechtfertigen<sup>12)</sup>, daß man sagt, die unstete, immer wanderbereite Klasse der Arbeiter, Werkführer, Beamten u. s. f., die keine Selbständigkeit besäßen und von einem kapitalistischen Unternehmer oder einer öffentlichen Körperschaft mit ihrer ganzen Existenz abhängig seien, lasse sich mit dem bodenständigen, selbsthaften und staats erhaltenden Kleinbürger unmöglich auf eine Stufe stellen.

Nun ist es eine leichte Sache, nachzuweisen, daß hierin eine Täuschung liegt, daß die Mehrzahl der Handwerker — insbesondere die große Mehrheit der 1 035 580 Alleinmeister, welche 1895 noch vorhanden gewesen sind — diesem Bilde ebensowenig entspricht, wie die Mehrzahl der Detailhändler. Die ganze Selbständigkeit zahlreicher Kleingewerbetreibenden besteht bekanntlich oft nur in der Zähigkeit, mit welcher sie sich an den äußeren Schein ihrer Meister- oder Unternehmerstellung klammern, während sie mehr als der durchschnittliche Proletarier von allen Seiten abhängig sind, abhängig vom Hausbesitzer, der durch eine kleine Steigerung der Miete vielleicht ihre Existenz vernichten kann, abhängig vom Kunden, den sie sich nur durch Anpassung an seine Anschauungen, Sitten und Unsitten<sup>13)</sup> erhalten können, abhängig von Wind und Wetter, da eine kleine Verschlechterung der Konjunktur sie vielleicht mit dem Ruin bedroht.

Nicht besser verhält es sich mit der dieser Bevölkerungsgruppe angedichteten Selbsthaftigkeit, die schon deshalb eine Fabel ist, weil ein namhafter Bruchteil der jährlich neu gegründeten Detailgeschäfte schon innerhalb des ersten Geschäftsjahrs wieder von der Bildfläche verschwindet. Aber auch abgesehen hiervon ist die Selbsthaftigkeit durchaus nicht immer der Ausdruck gesunden Festwurzels in altem Kulturboden; denn insbesondere unter den Krämern der Städte ist der größere Teil zugewandert und von jeder kaufmännischen Tradition unberührt. Für manchen ehemaligen Geschäftsreisenden ferner, der der Beschwerlichkeit des Wanderlebens müde, sich niedergelassen hat und nun nicht vorwärts kommt, bedeutet die Berufung auf seine Selbsthaftigkeit mehr eine Anklage gegen ihn selbst, als eine Rechtfertigung seiner verkehrsfeindlichen Wünsche gegenüber den Versandgeschäften. Die vielgepriesene Selbsthaftigkeit erinnert nur zu oft an die

berühmten drei Kammachergesellen zu Seldwyla, die sich in ihrer Gerechtigkeit und Selbshaftigkeit gegenseitig im Lohn herunterdrücken, indem jeder im Stillen hofft, den andern mit der Zeit aus dem gemeinsamen Bett, dem Gewerbe und der Stadt hinauszudulden. Damit soll der Wert einer gesunden Tradition auch für das Kaufmannsgewerbe ebensowenig verkannt werden, wie die Vorzüge des Heimatsinns. Allein es ist unmöglich, Garantien für die Erhaltung der bestehenden Staatsordnung auch in einer unechten Selbständigkeit und einer degenerativen Selbshaftigkeit erblicken zu wollen, man müßte es denn mit dem Prinzen Alois von Lichtenstein halten, der auch die an die Scholle gefesselten Leibeigenen der Feudalzeit zu den „wirtschaftlich selbständigen Volksgenossen“ rechnet, „die allein ihr Vaterland genug lieben, um es ohne Zwang und Lohn gern und gut zu verteidigen“<sup>14</sup>).

Wer möchte im Ernste behaupten, daß der Schneider, der sich nur durch Lehrlingszüchterei als verschämter Hausindustrieller behaupten kann, der Schuster, der im Nebengewerbe Portier, Leichenbitter oder Laternenanzünder ist, der Möbelschreiner, der nur „auf Waschtische“ arbeitet und am Wochenschluß damit bei Abzahlungsgeschäften hausieren geht, der „Baumeister“, der vom Bauschwindel für einige Zeit ein üppiges Leben führt, um dann in um so tiefere Armut zu versinken, daß alle die zahlreichen Handwerkerexistenzen, die im Kampf ums Dasein ins Hintertreffen geraten sind, oder als „Hyänen des Schlachtfelds“ von der Ausbeutung noch schwächerer, noch unglücklicherer Menschen leben, als sie selber sind, daß diese dem Bilde des staatserhaltenden Bürgers besser entsprächen, als ein hochgelönter Fabrikarbeiter, der in einer gesunden Werkstatt arbeitet? Wie mancher kleine Handwerksmeister, der noch 1 oder 2 Hilfspersonen beschäftigt, mag im Stillen seinen Gesellen beneiden, der außer dem Anspruch auf den — freilich oft recht kärglichen — Lohn den Vollgenuß der Sozialversicherung vor ihm voraus hat<sup>15</sup>). Oder entspricht etwa der Krämer der Vorstädte, der mit einem kleinen, aus Arbeits- oder Dienstlohn herrührenden Kapital einen Grünkram — oft viel zu teuer — erworben hat, der Cigarrengeschäftsinhaber, der, „unter dem einen Arm die Krücke des Hausbesitzers, unter dem anderen die des Großisten

oder Fabrikanten“<sup>16)</sup>, nicht vom Fleck kommt, weil jede Ertragssteigerung seines Geschäftes sofort eine Steigerung der Miete nach sich zieht, der Wirt, der nichts anderes ist, als der Kapitalhörige einer Großbrauerei, entspricht die Mehrzahl dieser „Minderkaufleute“, wie sie das Gesetz bezeichnend nennt, dem Bilde des behäbigen Kleinbürgers?

Geradezu lächerlich aber ist es, wenn der Mittelstand in diesem durchaus beschränkten Sinn zuweilen als diejenige Bevölkerungsklasse bezeichnet wird, welche die Steuern bezahlt und von der die Beamten leben, weshalb es diesen nicht selten geradezu als schnöde Undankbarkeit ausgelegt wird, wenn sie sich irgendwie an Konsumvereinen oder Warenhäusern beteiligen. Nach dem bereits Ausgeführten brauche ich nicht viel Worte darüber zu verlieren, daß die Mehrzahl der Kleingewerbetreibenden nur einen sehr bescheidenen Bruchteil der direkten Steuern aufbringt. Betrachten wir nur die Ergebnisse der bayrischen Gewerbesteuer, die in dieser Hinsicht sehr lehrreich ist, da sie auch die kleinsten Betriebe erfasst. Entrichteten doch von 361 890 Pflichtigen im letzten Steuerjahre 204 381 nicht mehr als 3 Mk. Staatssteuer! Diese 70 % der Pflichtigen, wovon mehr als  $\frac{3}{4}$  auf dem platten Lande wohnen, zahlten zusammen 237 266 Mk. 83 Pf. Staatssteuer bei einem Gesamtertragnis der Steuer von 11 348 283 Mk. 65 Pf. Demgegenüber brachten die 1147 Pflichtigen, welche in Bayern mehr als 1000 Mk. jährliche Gewerbesteuer zahlen, 5 932 040 Mk. 21 Pf. Staatssteuer auf!  $\frac{1}{3}$  % aller Pflichtigen leistete 52 % der gesamten Steuersumme und hiervon wieder 50 Großbetriebe allein die Hälfte<sup>17)</sup>.

So liegen die Dinge in Wahrheit. Der größere Teil dieser Kleinunternehmer, welche an der Peripherie der modernen Volkswirtschaft ein kümmerliches Dasein fristen und denen es keinen Deut nützt, daß ihnen der Bund der Landwirte als Ersatz für billiges Brot den Ehrentitel „Deutscher Mittelstand“ verliehen hat, gehört in Wirklichkeit dem Proletariat und oft nicht einmal den oberen Schichten desselben an. Sie sind nicht identisch mit dem Handwerkerstand und dem kaufmännischen Kleingewerbe überhaupt, wenn sie auch von den Angehörigen beider Erwerbsstände einen namhaften Prozentsatz ausmachen und übrigens zu allen Zeiten ausgemacht haben.



Die Lage des Handwerkerstands im ganzen ist schwer zu übersehen, da sie sich fortgesetzt verändert. So viel freilich ist unverkennbar, daß der Prozeß der Subalternisierung des Handwerks, der sich unter unseren Augen abgespielt hat, noch nicht abgeschlossen ist.

Betrug um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts der Handwerkerstand noch  $\frac{1}{6}$  der Bevölkerung der Städte, so ist er während der letzten Hälfte auf rund  $\frac{1}{12}$  gesunken.

Er hat sich auf dem Lande aus Gründen, auf welche ich in anderem Zusammenhange noch zurückkommen werde, besser erhalten, als in den Großstädten. Überall ist seine soziale Bedeutung gesunken. Nicht, als ob damit die Behauptung aufgestellt werden sollte, als sei die Funktion des Handwerks im Wirtschaftsleben bereits beendet, oder als sei die Lage derjenigen Handwerker, die auch unter den schwierigen Bedingungen der neuen Zeit durch Differenzierung, Spezialisierung, Kombinierung ihrer Betriebe, oder auf welche Art der Anpassung immer sich konkurrenzfähig erhalten haben, eine schlechtere, als es die Lage der meisten Handwerker zur Zeit der Blüte des Handwerks gewesen ist.

Die Funktion des Handwerks ist im heutigen Wirtschaftsleben vielmehr eine andere, zum Teil eine niedrigere (Reparaturarbeit), zum Teil höhere (Qualitätsarbeit) geworden als früher, und in dem Gebiete, auf welchem es lebensfähig geblieben ist — es ist dies wesentlich das Gebiet der Nahrungsmittel-, Anbringungs- und Arbeitsgewerbe —, hat das Handwerk heute noch so gut oder vielmehr so wenig als vordem einen goldenen Boden<sup>18)</sup>. Die Tendenz der Entwicklung aber ist eine durchaus absteigende, weil die kapitalistische Unternehmung das Gebiet des Handwerks unausgesetzt von einer neuen Seite anfrßt, es fortwährend einengt und umbildet und weil dem Niedergang der Handwerkerklasse ein um so kräftigeres Aufsteigen der Bourgeoisie und der von ihrem Gedeihen abhängigen wachsenden Bevölkerung entspricht. Die selbständigen Handwerke der Spinner, Weber, Bleicher, Färber, Handschuhmacher, Kerzenzieher, Seifensieder, Schwertfeger, Nagelschmiede, Sägfeiler, Zinngießser, Nadler, Hutmacher und andere sind so gut wie völlig verschwunden und niemand vermag vorauszusehen, wie viele und wie bald sie jenen folgen



werden. Vielfach hält nur der Umstand, daß Handwerker an einem ererbten oder ersparten Kapitalvermögen einen Rückhalt haben, oder Grund- und Hausbesitzer sind, den Betrieb einzelner Handwerker noch aufrecht, wie ja der Hausbesitz<sup>19)</sup>, die eigene Viehhaltung<sup>20)</sup> und Gartenkultur neben dem Kram und anderen Nebenberufszweigen auch in der vorkapitalistischen Ära den wirtschaftlichen Rückhalt zahlreicher Handwerker gebildet haben. Oder aber — was schlimmer ist — die Handwerker halten sich durch Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft über Wasser, ein Vorgang, der nicht nur an sich beklagenswert ist, sondern gleichzeitig die Zukunft des Handwerks selbst aufs schwerste gefährdet<sup>21)</sup>.

Indem wir nun fortgesetzt den Blick auf diejenigen heften, die im Niedergang begriffen sind, und uns von der Tragik ihres Schicksals rühren lassen, verlieren wir jene Vielen völlig aus den Augen, in denen Leben und Kraft ist und denen die Zukunft gehört.

Nicht wenige Handwerker giebt es, die oft unter ängstlicher Wahrung der äußeren Formen ihres Standes kleine kapitalistische Unternehmer und nicht selten „Verleger“ anderer Handwerksmeister geworden sind. In fast allen Berufen, in welchen sich das Handwerk lebensfähig erhalten hat, insbesondere in allen kleinkapitalistischen Unternehmungen, welche aus dem Handwerk hervorgewachsen sind, finden wir eine große Zahl von Meistern, die sich eines Wohlstands erfreuen, wie er in der Zeit der sogen. Blüte des Handwerks selten war. Man denke an gewisse Betriebe der Bäckerei und Metzgerei, an die feinen Maßgeschäfte in der Schneiderei und Schuhmacherei, an gewisse Zweige des Baugewerbes. Die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden für eigene Rechnung in Betrieben von zwei bis fünf Personen betrug nach der Berufszählung von 1895 586 014 Personen. Rechnet man deren Angehörige mit 1 715 129 hinzu, so ergibt sich, daß damals noch 40 % der zum Handwerkerstand zählenden Bevölkerung<sup>22)</sup> mittelständischen Charakter an sich trug und daß dieser gewerbliche Mittelstand ca. 3 % der gesamten Bevölkerung ausmachte. Vielen Handwerkern hat ferner der Anschluß an einen fabrikmäßigen Großbetrieb ein weit

größeres und stabileres Einkommen verschafft, als ihnen je in den Tagen ihrer Selbständigkeit beschieden war.

Das Gros der Handwerker aber hat sich zu allen Zeiten in recht gedrückter Lage befunden. Die Jahrhunderte sind angefüllt mit Klagen der Handwerker über die „Übersetzung“ ihrer Gewerbe und die Unmöglichkeit, „seinen Stand zu halten.“ Die neue Zeit hat den allmählichen Niedergang des Handwerks selber als gewerblicher Organisationsform den Leiden und Beschwerden der einzelnen Handwerker hinzugefügt. Aber vergessen wir darüber nicht, daß sie erst durch Erweiterung des örtlichen und beruflichen Spielraums für den Einzelnen den Tüchtigen zum Herrn seines Schicksals gemacht hat.

Während nun die Handwerkerbevölkerung stagniert oder langsam abnimmt, haben sich die Detailhandelsgeschäfte in den letzten Jahrzehnten rapid vermehrt. Trotzdem der alte Zwischenhandel zurückgegangen und im Engroshandel eine starke Tendenz zur großbetrieblichen Entwicklung wahrzunehmen ist, hat sich die Zahl der im Handelsgewerbe Tätigen von 1882—1895 um 59% vermehrt, während die Bevölkerung nur um 13—14% gestiegen ist. 1895 entfiel schon auf 38,8 Einwohner ein Gewerbetätiger im Handelsgewerbe, während 1882 erst auf 53,9 Personen ein solcher gekommen war. Daß es sich dabei größtenteils um Vermehrung der Detaillisten handelt, ersehen wir daraus, daß in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten, wo der Engroshandel an Bedeutung zurücktritt, die Zunahme besonders stark ist<sup>23</sup>).

Diese massenhafte Vermehrung der Händlerschaft, die natürlich die Konkurrenz ungeheuer verschärft hat, ist in erster Linie aus dem Auflösungsprozeß des Handwerks zu erklären, daraus, daß sich die Handwerker in demselben Maße, in welchem sie nach und nach von der kapitalistischen Konkurrenz ihr eigentliches Produktionsgebiet beschränkt sahen, sich auf den kaufmännischen Vertrieb hausindustriell und fabrikmäßig erzeugter Waren verlegten. So sind nicht nur zahllose kaufmännische Nebenbetriebe entstanden, welche häufig mit dem Gewerbe des Handwerkers in gar keinem oder doch nur in losem Zusammenhang stehen, sondern viele Handwerker haben ihre Gewerbe ganz aufgegeben und sich in kleine oder große Krämer verwandelt. Wir können daher

die Krämerei geradezu eine Rückzugsetappe des Handwerks nennen. So hat sich das Uhrmacherhandwerk frühzeitig zum kaufmännischen Gewerbe entwickelt, hat sich der Hutmacher allmählich in einen Huthändler, der Kürschner in einen Pelzhändler, der Kammacher in den Inhaber eines Bürstengeschäftes verwandelt u. s. f. Weiter gab die Überführung zahlreicher Einzelverrichtungen des Handwerks in die kapitalistische Produktionssphäre den Anstoß zur Gründung neuer kaufmännischer Geschäfte; man denke an Charkutiergeschäfte, Möbelspezialgeschäfte usw. Endlich führte die vollständige Übernahme handwerksmäßiger Produktionen in den Fabrikbetrieb zu einer Bereicherung der kaufmännischen Branchen. Man denke an Schuhmagazine, Kleidermagazine u. s. f.

Allein nicht nur aus dem Rückgang des alten Handwerks ist die Zunahme des Detailhandels und seiner Branchen zu erklären. Die qualitative und quantitative Änderung des Massenbedarfs infolge Konzentration großer Bevölkerungsgruppen mit einheitlichem Bedarf in großen Verkehrsmittelpunkten und die fortschreitende Verbesserung der Technik waren nicht minder wirksam, neue Handelszweige zu schaffen. Es bildeten sich Spezialgeschäfte, nicht nach der Herkunft oder der Herstellungsart der Waren, wie ehemals, sondern nach dem Gesichtspunkte der Befriedigung eines bestimmten Bedarfskomplexes — man denke an Hauseinrichtungsgeschäfte, Teppichspezialgeschäfte u. dgl. Oder es traten an Stelle der Stoffe, mit welchen das Handwerk gearbeitet hatte, Metalle oder durch die Wissenschaft neu gewonnene Stoffe, wodurch nicht nur ganz neue Gewerbearten — man denke z. B. an die elektrische Installation — sondern auch in der Sphäre des Absatzes neue Betriebe entstanden. Neben und mit den neuen Branchen aber kamen neue Betriebs- und Unternehmungsformen auf und wurden die alten zu innerer Umbildung genötigt.

Und obwohl sich alsbald auch im Detailhandel eine starke Tendenz zum Großbetrieb geltend machte und sowohl von der Seite der Produktion her wie von seiten der Konsumenten begonnen wurde, unter Umgehung des Handels Absatz bzw. Ankauf der Waren selbst in die Hand zu nehmen, so erweiterte sich doch ständig das Tätigkeitsgebiet des selbständigen Detaillisten.



Sehr viele dieser Detailhandelsgeschäfte neuen Stils, wenn sie sich auf den Vertrieb von Luxuswaren zumal in Spezialgeschäften oder auch als Gemischtwarengeschäfte auf die Führung billiger Artikel eines einheitlichen Konsums in möglichst großer Auswahl verlegten, oder durch die Bequemlichkeit, die sie dem Kunden bei Auswahl und Lieferung oder durch ihre Zahlungsbedingungen boten, die „Konkurrenz“ übertrafen und oft einen schlummernden Massenbedarf weckten, erlangten eine hohe Blüte, und erscheinen noch für eine lange Zukunft gesichert. Im selben Maße freilich, als sich diese lebensfähigen Gebilde entwickelten, wurden andere Detailhändler notleidend, sei es, daß die Zahl der Geschäfte am Orte schon zu groß war, sei es, daß es den Inhabern an Branchekunde und an Rührigkeit gebrach, sei es, daß sie durch die kapitalistische Umgestaltung der Absatzorganisation, die fortgesetzt neue und vorübergehend auch recht anstößige Formen schafft<sup>24</sup>), in ihrer Existenz bedroht wurden. So wuchs neben einem neuen Stand kleinkapitalistischer, kaufmännischer Unternehmer, der mit Recht dem Mittelstand zugerechnet wird, eine breite Schicht halb oder ganz proletarischer Kleinkaufleute heran. Diese haben mit den Handwerkern alten Stils gemein, daß sie die Idee der „Nahrung“, des Wirtschaftens mit dem Endziel reiner Bedarfsbefriedigung, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, zu der ihrigen gemacht haben, so daß man allerdings mit Sombart sagen könnte: „den Kern der Handwerkerklasse bilden heute die handwerksmäßigen Krämer“<sup>25</sup>).

Gehört sonach der größere Teil derjenigen, an welche man in erster Linie zu denken pflegt, wenn man das Eingreifen des Staates zur „Rettung des Mittelstandes“ verlangt, in Wirklichkeit zum Proletariat, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß die Mittelstandsbewegung, soweit sie überhaupt von dem Klassenbewußtsein einer bestimmten Bevölkerungsgruppe getragen ist, gerade aus den ganz oder halb proletarisierten Schichten des Kleingewerbes ihre Nahrung zieht. Zwar hören wir, daß hier und dort die Handwerksmeister mit samt ihren Gesellen sich der proletarischen Arbeiterbewegung angeschlossen haben, ja, wir vernehmen von ganzen Zwangsinnungen, die sozialdemokratischen Charakter tragen<sup>26</sup>).



Andererseits ist es nicht minder gewiß, daß die zünftlerische Idee gerade unter den Handwerkern, die auch heute noch gedeihen, in den Kreisen kleinkapitalistischer Unternehmer, und namentlich unter den Hausbesitzern, die von den Mietzinsen der kleinen Ladenbesitzer leben<sup>27)</sup>, zahlreiche Anhänger hat. Den Ton der Bewegung geben aber nicht sie, sondern die vom Untergang bedrohten Kleinmeister und Klein-kaufleute an.

Man braucht ja nur das Programm der sogenannten Mittelstandspolitiker flüchtig zu überblicken, um sofort zu erkennen, daß in ihm die Gedankenwelt verzweifelter Menschen zum Ausdruck kommt, die mit der lebendigen Gegenwart und allem Werdenden unversöhnlich verfeindet, nicht nur in allen tadelnswerten Ausartungen der freien Konkurrenz, sondern auch in allen gesunden Neuorganisationen und technischen Fortschritten ebensoviele Gefährdungen ihrer Interessen erblicken. Sie hassen das Neue, weil die neue Zeit ihren Niedergang gesehen hat. Statt die Weisheit zu befolgen, welche Richard Wagner seinem genialen Nürnberger Schuster mit dem poetischen Nebenberuf in den Mund gelegt hat und statt „nach Regeln zu messen“, was nicht „nach ihrer Regeln Lauf“, kämpfen sie in sinnloser Erbitterung gegen Goldwährung und Banken, 50-Pfennigporto und Börsen, Koalitionsrecht und Sozialversicherung, Frauenbildung und Reklamewesen, Warenhäuser und Konsumvereine, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, Gleichberechtigung aller Staatsbürger und Vermehrung der Flotte. Wenn sie am Biertisch vom Ausland reden, so geschieht es meist im Sinne radikaler Verurteilung fremdländischen Wesens, das sie nicht kennen. Dieses philiströse Gerede findet dann sein Echo in vielen Zeitungen und erschwert nicht nur die Geschäfte der Diplomaten, sondern hindert auch den Fremdenverkehr, von dem viele dieser erbarmungslosen Kritiker des Auslands den größten Nutzen ziehen. Ihr Denken ist zu individualistisch, als daß die Idee genossenschaftlicher Selbsthilfe tiefer in ihnen Wurzel schlagen<sup>28)</sup> oder daß sie sich für den Zukunftsstaat der Sozialisten begeistern könnten. So kehren sie sich verärgert von Gegenwart und Zukunft ab und suchen in verschwommener Erinnerung an eine Zeit, da ihre Klasse in den Städten die

herrschende war, ihr Ideal in der mittelalterlichen Stadt, mit ihrer „Straßen quetschender Enge“, ihrer Kirchen „ehrwürdiger Nacht“, ihren Giebeldächern und Judenvierteln, ihren Zünften und Bannrechten, ihren Kleiderordnungen und Preistaxen, in der „guten alten Zeit“, wo das ehrliche Handwerk noch „blühte“, „seinen Mann nährte“ und „einen goldenen Boden“ hatte, bis der kapitalistische Sündenfall die Menschen aus diesem Paradiese vertrieb.

Der romantische Anstrich solcher Phantasieen erklärt ihre Wirkung weit über die Kreise derjenigen hinaus, aus deren Ideenwelt sie entsprungen sind. Selbst ein guter Teil der Gebildeten wird von ihrem starken Stimmungsgehalt eingenommen. Die Abneigung, welche der Qualitätsarbeiter, der Künstler und der Gelehrte ebenso gut wie der Handwerker und der Bauer herkömmlicherweise gegen den Kaufmann empfindet, von dem man trotz Schiller nicht zugeben will, daß an sein Schiff das Gute sich anknüpft, der Antisemitismus, der das Judentum als pars pro toto für die ganze kapitalistische Weltwirtschaft-Entwicklung verantwortlich machen möchte, und eine Zeitströmung, welche Brentano als einen Ausflug des Machiavellismus ins Sittliche bezeichnet hat<sup>29)</sup>, führen der Bewegung aus zahlreichen Seitenkanälen fortgesetzt neue Nahrung zu. Trotzdem ist ihr bisher die rechte Schwungkraft versagt geblieben. Sie hat bis jetzt im großen nichts verrichten können.

Aber auch die bescheideneren Erfolge, welche sie erzielt hat, sind gemeingefährlich genug. Genützt wurde damit so gut wie nichts, am wenigsten dem Mittelstande<sup>30)</sup>.

Da ist die Novelle zum Genossenschaftsgesetz von 1896, durch welche den Konsumvereinen der Verkauf an Nichtmitglieder bei Strafe verboten wurde. „Der ganze Erfolg dieser Bestimmung bestand darin, daß diejenigen, welche bis dahin nur gelegentlich in den Konsumvereinen gekauft hatten, nun Mitglieder wurden und möglichst ihren ganzen Bedarf im Verein deckten“<sup>31)</sup>.

Da ist das Börsengesetz. Das Verbot des Terminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten, sowie in Industrie- und Montanaktien ist den Börsen des Auslandes zu gute gekommen<sup>32)</sup>, die Handhabung des Register- und Differenzeinwands, die sich

unter dem Einfluß der reichsgerichtlichen Judikatur herangebildete, hat die Rechtssicherheit und den Sinn für geschäftliche Moral im Inlande aufs schwerste erschüttert<sup>33</sup>). Im übrigen hat das Gesetz in Verbindung mit der Erhöhung des Börsenstempels dem Mittelstand des Bankgewerbes das Lebenslicht ausblasen helfen<sup>34</sup>), und mit der Entwicklung der Großbanken auch die Ausdehnung der großen Industrie auf Kosten der kleinen gefördert.

Da ist das Handwerkergesetz von 1897. Die Zwangsinnungen haben sich vielfach nur als eine schwere Last für den Handwerkerstand erwiesen; viele haben sich bereits wieder aufgelöst, andere gehen damit um.

Bei dem ganzen wütenden Kampf, der gegen kapitalistische Unternehmungsformen und einzelne Unternehmer mit Feuerpolizei, Erdrohlungssteuern, konfessionellen Adressbüchern und oft recht kostspieligen und verlustreichen Klagen wegen unlauteren Wettbewerbes geführt wurde, ist bisher nur das Eine positiv erreicht worden, daß der Unternehmungsgeist vielfach gehemmt wurde, während seine „Auswüchse“ ruhig weiter wucherten, wie Unredlichkeit und Torheit der Menschen überhaupt.

Denn schädlicher noch als die verkehrsfeindlichen Maßnahmen, welche die Bewegung infolge unserer eigenartigen innerpolitischen Verhältnisse dem Reich, den Einzelstaaten und den Kommunen abgerungen hat, ist der ganze Geist, der von ihr ausgeht. Dieser kleinmütige, kraftlose Geist, der fortwährend nach staatlicher Bevormundung und Fürsorge schreit, würde unserer Zukunft gefährlich werden, auch wenn diese nicht auf dem Wasser läge. Jenseits des Wassers aber, dort, wo es keine Ruinen und keine Basalte gibt, wächst ein Geschlecht heran, voll kühnen Wagemuts und ruhigen Selbstvertrauens, in ausgezeichneten, konfessionslosen Volksschulen herangebildet, in hartem Lebenskampf gestählt, das keinen Sinn für die Konservierung veralteter Betriebs- und Unternehmungsformen besitzt<sup>35</sup>).

Nichts hindert dort den technischen und Verkehrsfortschritt. Amerikanische Handels- und Kriegsschiffe werden voraussichtlich durch den Kanal von Panama schwimmen, lange, ehe das erste Schiff mit ober-schlesischer Kohle in Dort-



mund gelandet sein wird. So wächst die Gefahr, daß wir die deutsche Flotte, welche einst Friedrich List und Georg Herwegh als begeisterte Pfadfinder der Zukunft gefordert haben, ganz umsonst geschaffen haben werden, daß wir die Handwerker und Kleinkrämer des Weltmarkts werden könnten, die vergeblich nach einem internationalen Befähigungsnachweis gegenüber der „Schleuderkonkurrenz“ der Amerikaner und nach „Erdroslungsmafsregeln“ gegenüber dem „hassenswerten“ Gewerbe des englischen Großhandels verlangen würden. Es ist, als ob Ralph Waldo Emerson die innerpolitische Entwicklung Deutschlands im Augenblick des Übergangs zum Industriestaat vorausgesehen hätte, wenn er um die Mitte des vorigen Jahrhunderts schrieb: „Die Vergangenheit ist unser Idol. . . Wir versitzen uns in den Ruinen des alten Hauses, wo wir einst Brod, Obdach und Handwerkszeug fanden und können nicht glauben, daß uns der Geist neue Nahrung, neue Unterkunft und neue Kraft verschaffen könne. Wir halten es für unmöglich, irgend Etwas zu finden, das uns ebenso lieb, ebenso behaglich, ebenso reizend erschiene. Aber vergebens sitzen wir da und weinen. . . . Unter den Trümmern können wir nicht bleiben. Zu dem Neuen fehlt uns das Vertrauen. So gehen wir dahin, den Blick hinter uns gekehrt, jenen Fabelwesen vergleichbar, deren Augen nach rückwärts stehn.“ —

Nach dieser allgemeinen Charakteristik der sogenannten Mittelstandspolitik ist es nicht schwer, die Brücke zu finden, welche diese Politik mit unserer äußeren Handelspolitik verbindet. Zünftler und Schutzzöllner operieren mit dem Schlagwort vom „Schutze der Arbeit“, hier der „nationalen“, dort der „ehrlichen“. Der Unterschied besteht nur darin, daß unsere Agrarier und industriellen Großzünftler Schutz der „nationalen“ Arbeit gegen das Ausland, unsere Kleinzünftler Schutz der „ehrlichen“ Arbeit gegen die „hassenswerten“ Gewerbe des Inlands verlangen, worunter sie unglücklicherweise gerade die technisch vollkommensten und zukunftsreichsten begreifen, wie die Warenhäuser<sup>36)</sup> und Konsumvereine<sup>37)</sup>, indem sie häßliche *accidentalia negotii*, wie sie auch dem Detailhandel alten Stils nicht fremd waren, sehr irrig für das eigentliche Wesen dieser neuen Betriebsformen halten<sup>38)</sup>. Wie die Agrarier und Großzünftler die Garantierung



eines nationalen, so begehren die Kleinzünftler vom Staate die Sicherung eines lokalen Marktes für ihre Produkte, beide ohne Rücksicht auf die Interessen der übrigen Bevölkerung und die Bedürfnisse des Reiches. Und wie dort behufs Täuschung gedankenloser Leute über die Tragweite der erhöhten Getreidezölle der „lückenlose Zolltarif“ und das „protektionistische Solidaritätsinteresse“ erfunden worden sind, so wird hier mit einer angeblichen Harmonie der sozialpolitischen Interessen gearbeitet. Handelt es sich beim lückenlosen Zolltarif darum, einer schon gegenwärtig tatsächlich privilegierten Klasse eine „standesgemäße“ Rente zu garantieren, so laufen die Bestrebungen der Zünftler zuletzt auf das Gleiche hinaus, nur, daß hier die Rente bescheidener, die Zahl der Rentenempfänger größer wäre. Beide Male aber ist es der Mittelstand, welcher einen guten Teil der Zeche zu bezahlen hat, namentlich sind es die Bauern und die kleinkapitalistischen Unternehmer.

Denn, da der Boden nicht beliebig vermehrbar ist, jede künstliche Rentensteigerung durch Getreidezölle aber die Konkurrenzfähigkeit des Großgrundbesitzes gegenüber dem Kleingrundbesitz steigert, so kann der Weizen der Großagrарier nicht blühen, ohne daß Herrenland wächst, Bauernland schwindet.

Da ferner der industrielle Hochschutz die Tendenz zur Bildung monopolistischer Kapitalassoziationen und zur Ausschaltung der inneren Konkurrenz verstärkt, so bedeutet der Schutz der großen Hammerschmiede, um mit Frhr. v. Stumm zu reden, den Untergang der kleinen.

Verletzt auf diese Weise das Prinzip des „Schutzes der nationalen Arbeit“ in seiner praktischen Durchführung die vitalsten Interessen des Mittelstandes, so liegt andererseits die zünftlerische Idee in nicht geringerem Hader mit den Großbesitzinteressen, welche sich hinter dem lückenlosen Zolltarif verbergen. Denn, was würde die Einführung des Befähigungsnachweises und der obligatorischen Zwangsinnung anders bedeuten, als die Auslieferung des inneren Marktes an das Handwerk zum Schaden der Großindustrie? Und zu dem Kampfe um den Markt würde sich mit Notwendigkeit der Kampf um die menschliche Arbeitskraft gesellen. Prinz Alois von

Lichtenstein, dem man den Mut nicht absprechen kann, einen unsinnigen Gedanken bis in seine letzten Konsequenzen zu verfolgen, hat das logische Endziel der zünftlerischen Reaktion ganz richtig erkannt, indem er anfangs der neunziger Jahre auch die österreichische Großindustrie dem Befähigungsnachweis unterwerfen und den Handwerkern das Monopol für den Handel mit den von ihnen hergestellten Waren verschaffen wollte<sup>39</sup>). Was Schutzzöllner und Zünftler miteinander verbündet, ist also keine innere Harmonie der Interessen, sondern der reaktionäre Charakter ihrer Forderungen, die beide Male in ihrer praktischen Verwirklichung darauf hinauslaufen, die wahren Interessen des Mittelstandes zu verletzen. Denn, aus dem Bund dieser innerlich so widerspruchsvollen reaktionären Bestrebungen droht unserer rasch wachsenden Bevölkerung Verminderung der Aussicht auf Emporsteigen zu immer größerer wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit. Er bedeutet für sie verminderte Arbeitsgelegenheit, niedrigeren Lohn, vermehrtes Elend, steigende Auswanderung, wachsende Sterblichkeit. Für den Staat aber bedeutet er verminderte Steuerkraft, innere Krisen und Machtverminderung nach außen.

Diese Thesen erscheinen vielleicht manchem als zu schroff formuliert. Ich will versuchen, sie zu beweisen, so weit dies in der gebotenen Kürze möglich ist.

Seit 25 Jahren spricht man in Deutschland von nichts mehr, als von der Wichtigkeit der Erhaltung des Bauernstandes, dem wohl in tausend Jahren nicht so viel Schmeichelfhaftes gesagt worden ist, als in dieser kurzen Periode. Und in der Tat. Selbst wer die allgemeine Wertung der bäuerlichen Individualität ebenso übertrieben findet, wie die Schätzung der Wichtigkeit der ländlichen Bevölkerung für die Wehrfähigkeit des Vaterlandes, der muß doch aus sozialpolitischen und volkshygienischen Gründen aufs innigste wünschen, nicht nur, daß der bäuerliche Besitzstand in seinem gegenwärtigen Umfang erhalten bleibe, sondern noch mehr, daß einer wachsenden Anzahl von Menschen die Möglichkeit geboten werde, Grundbesitz zu erwerben, und ihre Arbeitskraft in der Landwirtschaft zu betätigen.

An der neueren industriestaatlichen Entwicklung Deutsch-

lands ist darum nichts erfreulicher, als die Tatsache, daß sie von einem Wachstum der bauerlichen Bevölkerung begleitet war. Das Schwergewicht der deutschen Landwirtschaft liegt heute in den Betrieben mittlerer Größe, welche bereits 1895 41 % aller Landwirtschaftsbetriebe und 70 % der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche umfaßten. Unter allen Größenkategorien haben sie sich seit 1882 am kräftigsten entwickelt, sowohl auf Kosten der geringeren, als auf Kosten der höheren Größestufen<sup>40)</sup>.

In den mittleren Betrieben im Umfange von 5–100 ha, in denen mindestens 90 % der Fläche in Eigenbewirtschaftung stehen<sup>41)</sup>, fanden 1895 rund 1 300 000 deutscher Volksgenossen selbständigen Beruf und Unterhalt und ihre Zahl hat sich inzwischen eher vermehrt, als vermindert. Dieser deutsche Bauernstand ist in seiner überwiegenden Mehrheit nicht notleidend. Er ist weniger verschuldet, weniger von den Konjunkturen des Weltgetreidemarktes abhängig, als der Großgrundbesitz. Die Arbeiterfrage ist in seinem Bezirk eine weniger brennende, teils weil die Wirtschaft vorwiegend auf der Mitarbeit des Betriebsleiters und seiner Angehörigen beruht, teils weil die Entfernung der Äcker und Wiesen vom Hofe geringeren Zeit- und Arbeitsverlust bedingt, als auf Großgütern, endlich, weil die Bauern aus diesen und anderen Gründen ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen vergleichsweise viel höheren Lohn bieten und darum viel willigere Arbeitskräfte besitzen, als die meisten Großgrundbesitzer in ihren Insten und Tagelöhnern<sup>42)</sup>.

Die großartige Entwicklung, welche das Genossenschaftswesen seit dem Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts genommen hat, gestattet ferner dem fleißigen und intelligenten Bauern, sich sowohl bei der Produktion selbst, wie bei An- und Verkauf der Produkte, sowie bei der Kreditbeschaffung nahezu aller Vorteile teilhaftig zu machen, welche der Großgrundbesitz einst vor ihm voraus hatte.

Die zunehmende Intensität der Bodenbestellung, welche allen diesen organisatorischen Verbesserungen und den Fortschritten des landwirtschaftlichen Bildungswesens zu verdanken waren, straft alle Behauptungen über einen allgemeinen Notstand der deutschen Landwirtschaft Lügen. Wir sahen



daß auch in der langen Periode sinkender Getreidepreise die mit den vier Hauptgetreidearten bestellte Bodenfläche nicht abgenommen<sup>43)</sup>, daß Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1880—1898 205 kg und 1894—1898 nach Dade sogar 230 kg<sup>44)</sup> Brotgetreide auf den Kopf der Bevölkerung produziert hat, während in unserem Nachbarlande Österreich die Produktivität der Landwirtschaft ebenso, wie die der Industrie weit hinter reichsdeutschen Verhältnissen zurückgeblieben ist<sup>45)</sup>. Ebenso muß es denken machen, daß in Frankreich, wo das Méline'sche System des Landwirtschaftschutzes die Entwicklung der Industrie gehemmt hat, die Viehproduktion seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts fast gar keine Fortschritte gemacht hat, während sie bei uns bedeutend — 1882—1895 an Rindvieh um 10,3 %, an Schweinen um 60,3 %, an Ziegen um 26,6 % — gestiegen ist.<sup>46)</sup>

Die wichtigste Erfahrungstatsache der deutschen Landwirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte für unsere gegenwärtige Betrachtung liegt nämlich darin, daß mit der zunehmenden Industrialisierung unseres Vaterlands der Schwerpunkt gerade der bäuerlichen Wirtschaften mehr und mehr von der Sphäre des Getreidebaus ab und in die Sphäre anderer Produktionsarten, insbesondere in die der Viehwirtschaft gerückt ist, indem das Wachsen der Konsumkraft der gewerblich-städtischen Bevölkerung dem Bauern im Rheinland, im Elsaß, in Baden, in der Pfalz, in Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg Gelegenheit gab, seine und der Seinigen Arbeitskraft in steigendem Maße der Produktion von Fleisch, Milch, Butter, Käse zu widmen. Diesem Umstand haben wir es vor allem zu verdanken, nicht nur, daß sich die Zahl mittlerer und kleiner Betriebe erhalten hat, sondern auch, daß der Zug der Landarbeiter nach der Stadt nicht noch weit größere Dimensionen angenommen hat, als geschehen. Denn vermöge der Verbindung von Getreide- und Viehwirtschaft ist der bäuerliche Besitz in weit höherem Maße geeignet, seine Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen und festzuhalten, als der vorwiegend getreidebauende Großgrundbesitz, dessen Arbeiterbedarf im Sommer sehr groß, dagegen im Winter minimal ist.

Bei ungehinderter Entwicklung der Dinge ist nun noch für



eine unabsehbare Zukunft mit sinkenden Getreidepreisen und steigenden Viehpreisen zu rechnen. Im Nordwesten Canadas, in Argentinien, Australien, Ostindien harren noch ungeheure Bodenflächen des Anbaus, und es ist nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß die überseeische Konkurrenz in Brotgetreide in absehbarer Zeit eine Verminderung erfahren werde. Dagegen ist die Viehproduktion schon der Frachtverhältnisse wegen weit geringerer Konkurrenz ausgesetzt. Die Zukunft gehört darum dem mittleren Bauerngut, nicht dem Rittergut. Wir sehen das nicht nur an der Zunahme der Bauerngüter, welche seit der Zählung von 1882 eingetreten ist, sondern insbesondere auch daran, daß sich gleichzeitig bei Pachtungen die mittleren Betriebe, und zwar wesentlich auf Kosten der Großbetriebe, vermehrt haben. Hier tritt die Tendenz der Entwicklung noch deutlicher hervor, „weil die Pachtungen rascher den geänderten Bedingungen sich anzupassen im stande sind, als die entsprechende Umbildung des Besitzes vor sich zu gehen vermöchte“<sup>47</sup>).

So lange sich nun jene Elastizität des Haushaltsbudgets nicht einstellt, die ein Witzbold erfunden und mancher ernste Mann für ernst genommen hat, so lange nämlich die als Teuerungsfolge eintretende Einschränkung des Brodgenusses der Bevölkerung nicht durch vermehrten Konsum von Rindfleisch wettgemacht werden kann<sup>48</sup>), so lange wird das gegenwärtige System der deutschen Zollpolitik den Bauernstand und in ihm eines der kräftigsten und zukunftsreichsten Glieder unseres Mittelstandes aufs äußerste gefährden.

Die Zukunft des bäuerlichen Mittelstandes ist aufs innigste verflochten mit dem Gedeihen der Industrie und weit davon entfernt, ein wesentliches Interesse an künstlicher Steigerung der Getreidepreise zu besitzen, ist vielmehr die Mehrheit der deutschen Bauern, die ja vielfach Futtermittel zukaufen und ihre Arbeiter in Geld entlohnen müssen, an niedrigen Getreidepreisen und hohen Löhnen der Industriearbeiter interessiert. Daher denn alles, was auf eine künstliche Verteuerung des Brotgetreides abzielt, die Konkurrenzfähigkeit des Großgrundbesitzes und die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bauern gegenüber den Auskaufsgelüsten des letzteren mindert, deren

Stärkegrade bekanntlich ziemlich genau mit dem Steigen und Sinken der Kornrente korrespondieren<sup>49)</sup>.

Sollte vollends der preußische Fideikommissentwurf<sup>50)</sup> zum Gesetz erhoben werden, der zur Vergrößerung der bestehenden und Schaffung neuer Fideikomnisse förmlich anreizt, dann würde es bald trotz Rentengutsgesetzgebung und innerer Kolonisation mit der Herrlichkeit des deutschen Bauernstandes zu Ende sein. Man wird es gewiß in einer späteren Zeit als eines der größten Wunderwerke agitatorischer Kunst anstaunen, daß es den ostelbischen Agrariern mit Hilfe der Mittelstandspolitiker gelungen ist, den klaffenden Interessengegensatz zu überbrücken, der zwischen ihnen und der überwiegenden Mehrheit der deutschen Landwirte besteht und auf den von Brentano<sup>51)</sup>, Lotz<sup>52)</sup>, Dietzel<sup>53)</sup>, Conrad<sup>54)</sup>, Schäffle<sup>55)</sup> und zahllosen anderen immer und immer wieder hingewiesen worden ist. Verhielte es sich anders, wir besäßen längst die Agrarenquôte, welche von denjenigen, denen die Aufhellung der Wahrheit am Herzen liegt, so oft vergeblich gefordert wurde.

Allein die Wirkung der Getreidezölle beschränkt sich nicht auf die Erschwerung der Lebensbedingungen des bäuerlichen Mittelstandes. Es ist, um mich eines Seringschen Ausdruckes zu bedienen, eine ganz „unorganische Betrachtungsweise“, wenn man von einem Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen bäuerlichen und industriellen Interessen spricht. Und ganz besonders die gewerblichen Mittelstandsinteressen in Dorf und Stadt sind durch nichts mehr gefährdet, als durch die Politik, deren vernichtende Konsequenzen für den bäuerlichen Mittelstand ich Ihnen zu beweisen versucht habe.

Es ist eine ungeheure Übertreibung, von einer Entvölkerung des platten Landes infolge zunehmender Industrialisierung zu reden<sup>56)</sup>. Zwar wohnte nach der Volkszählung von 1900 schon der grössere Teil der Bevölkerung in städtischen Gemeinden; davon in den 33 eigentlichen Großstädten 9 120 280 = 16,18 % der Bevölkerung (gegen 13,9 % in 1895). Von der Industriebevölkerung befand sich aber noch 1895 nur  $\frac{1}{5}$  in Städten über 100 000 Einwohnern. Von den Bewohnern der Kleinstädte mit mehr als 2000 und weniger als 5000 Einwohnern

gehörten ferner nach der Berufsstatistik von 1895 1 551 231 Personen, das ist ein Viertel, mit ihrem Hauptberuf oder dem ihres Ernährers zur Landwirtschaft<sup>57)</sup>.

Scheidet man daher die Kleinstädte mit vorwiegend ländlichem Charakter aus, so ergibt sich, daß die eigentlich städtische Bevölkerung auch heute noch nur etwa 40 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Richtig ist aber, daß das platte Land einen steigenden Prozentsatz seines Geburtenüberschusses an die Städte abgibt und daß dieser Prozentsatz um so größer ist, je mehr der Großgrundbesitz vorwiegt, wie aus folgender Tabelle<sup>58)</sup> zu entnehmen ist.

Gruppe	Geburten- Überschuß	Bevölke- rungs- zunahme	Gewinn oder Verlust durch Wanderung	
			absolut	v. d. Ge- burten- überschuß
I. Östliches Preußen	851 770	212 666	— 639 104	— 75,04 %
II. Westliches Preußen und Mitteldeutsch- land . . . . .	611 578	531 089	— 80 449	— 13,15 %
III. Süddeutsche Staaten . . . . .	500 787	347 520	— 153 267	— 30,61 %
IV. Industriezentr. . .	937 688	1 480 191	+ 542 503	+ 57,86 %

„Bauernland ist eben ganz anders als Rittergutsland. Wo Bauernland ist, kann der Menschenzuwachs viel leichter an Ort und Stelle verbraucht werden; denn dort schiebt sich der Menschenzuwachs in die gewerbliche Tätigkeit hinein; wo einmal Bauernland ist, ist in den meisten Fällen zugleich eine alte, handwerkliche, gewerbliche städtische Bevölkerung, die sich neben dem Bauern und mit ihm und aus ihm heraus, aus seiner Stube heraus vermehrt. Das ist der Charakter, den wir in Mitteldeutschland, Württemberg, Baden und vor allem dort haben, wo wir französisches Erbrecht haben“<sup>59)</sup>.

Hier kann sich die Industrie in organischer Verbindung mit der Landwirtschaft — oft auf dem Boden uralter Hausindustrieen — durch langsame Anpassung der bäuerlichen Bevölkerung an die neuen Verhältnisse entwickeln, ohne daß die Tradition jäh unterbrochen, die Lebenshaltung der Bevölkerung plötzlich auf



eine ganz neue Basis gestellt wird. Hier wächst im friedlichen Nebeneinander landwirtschaftlicher und gewerblicher Tätigkeiten eine selbsthafte<sup>60)</sup>, tüchtige und staatterhaltende Bevölkerung, die an der friedlichen Entwicklung der bestehenden Ordnung interessiert ist. Hat der Arbeiter Geld, so hat's auch der Bauer, wenn er zu wirtschaften versteht, und hat der Bauer Geld, so hat es auch die kleine Welt, um die sein Grundbesitz gruppiert ist.

Und hier gibt es auch außer den Bauern eine große Kategorie mittelständischer Existenzen, die von der Brotverteuerungspolitik aufs schwerste geschädigt wird, eine Kategorie, welche das ganz besondere Interesse jedes wahren Freundes des Mittelstandes verdient. Dies sind die Industriearbeiter mit Landbesitz. Diese Klasse stellt einen wesentlichen Bruchteil der 2 342 000 Menschen dar, die sich bei der Berufszählung von 1895 als Landwirte im Nebengewerbe bezeichnet haben und die 42.14 % aller landwirtschaftlichen Betriebsleiter ausmachten. Es wurden nämlich 753 953 Industriearbeiter ermittelt, welche Parzellen besaßen, darunter 132 160 mit Parzellen über 1 ha Flächenumfang. Besonders in Gegenden, wo Freiteilbarkeit des Grundes und Bodens herrscht, wie in der Pfalz, ist diese Bevölkerungsklasse sehr verbreitet. Nun bedarf es keiner langen Ausführungen, wie wichtig ihre Erhaltung von sozialpolitischen Gesichtspunkten aus ist und wie wünschenswert es ist, daß ihre Zahl sich in Zukunft ständig vermehre. Insbesondere muß derjenige, der in dem besitzlosen Proletariat der Großstädte eine ernste Gefahr für die Staatssicherheit erblickt — und die Freunde der Agrarier werden nicht müde, uns diese Gefahr auszumalen —, sich diesem Wunsche anschließen. Allein jede Aussicht, die Industrie in steigendem Maße sich auf dem Lande ansiedeln und eine Klasse landbesitzender, an der Erhaltung der gegenwärtigen Staatsordnung interessierter Industriearbeiter entstehen zu sehen, schwindet in nichts dahin, wenn die Verteuerung des Brodes zugleich ein Sinken der Löhne und eine Erschwerung des Absatzmarktes für die Industrie im Gefolge hat.

Wie ganz anders sieht es dagegen in denjenigen Teilen Deutschlands aus, wo nicht die Industrie zu den Bauern

kommt, sondern wo die Bauernsöhne nach dem fernen Westen der Industrie entgegenwandern! Vergebens wird man sich dort nach einer Fülle blühender Kleinstädte mit einem gesunden Mittelstand umsehen, an denen Süddeutschland so reich ist und wo noch jene glückliche Mischung ländlichen und städtischen Erwerbs stattfindet, von der Goethe in Hermann und Dorothea singt:

„Heil dem Bürger des kleinen Städtchens, welcher ländlich  
Gewerb und Bürgererwerb part.

Auf ihm liegt nicht der Druck, der ängstlich den Landmann  
beschränket,

Ihn verwirrt nicht die Sorge des vielbegehrenden Städters.“

Dort im Osten findet der Nachwuchs der Landarbeiter und der ehemals so stattlichen Bauernbevölkerung, die heute spärlich zwischen die große Güter eingesprengt ist, keinen Platz in der Heimat und wandert den Großstädten oder dem Westen zu<sup>61)</sup>.

Denn, „der Deutsche geht“, nach einem Ausspruche des Fürsten Bismarck, „dahin, wo der Lohn besser ist.“ Wird nun auch in anderen Gegenden Deutschlands infolge der Getreidehandelspolitik, die wir einzuführen im Begriff sind, die Konkurrenzfähigkeit der Großgrundbesitzer auf Kosten der Bauern gestärkt, legt sich auch hier rings um die Kleinstädte ein Gürtel von Rittergütern, deren Inhaber, wenn sie überhaupt auf ihrem Gute wohnen, die meisten ihrer vornehmen Bedürfnisse nicht in der benachbarten Kleinstadt, sondern in den Großstädten oder im Auslande befriedigen, dann mag in mancher, heute noch leidlich blühenden Stadt der Spielsbürger mit mehr Berechtigung als Hermanns Vater bei sich sprechen:

„Hab' ich den Markt und die Straßen doch nie so einsam  
gesehen.“

Dann geht es ferner auch auf dem Lande mit dem Handwerk im Geschwindschritt zu Ende. Denn auf dem Lande hat sich das Handwerk zweifellos wirtschaftlich weit besser erhalten, wie in den Städten; über die Hälfte aller Handwerker befinden sich auf dem Lande. Das allmähliche völlige Aufhören der hauswirtschaftlichen Gewerbetätigkeit der Bauern, der Rückgang des Hausierhandels und gewisse

Vorzüge ihrer Standorte gegenüber benachbarten Kleinstädten bot den Landhandwerkern vielfach Ersatz für die Einbußen, die ihr Markt von anderer Seite durch Rückgang des Lohnwerks und Vordringen der kapitalistischen Unternehmung erfuhr, und fortdauernd weiter erfährt. Der Landhandwerker braucht ferner nicht, wie der städtische Handwerker so häufig, ganz unnötigerweise einen teuren Laden zu halten und ist überhaupt von der Grundrente weniger bedroht als dieser. Trotzdem wird auch hier die wirtschaftliche Basis, welche das Handwerk gewährt, langsam schwächer und schwächer und gewinnt der Besitz eines kleinen Kartoffellandes, eines Stückes Vieh, eines Gärtchens oder die Gelegenheitsarbeit, wie sie das Bauerndorf und die Kleinstadt noch in reicher Fülle bieten, oder der Nebenerwerb, den die Angehörigen in der Industrie finden, steigende Bedeutung für die Handwerker. Versiegen nun auch nach einander diese verschiedenen Nebenerwerbsquellen, so wird die Wurzelfaser bald durchtrennt sein, die diese Leute noch an die heimatliche Scholle fesselt. Sie haben daher das größte Interesse daran, daß sich der Dorfverband, in dem sie stehen, infolge Ausdehnung des Großgrundbesitzes nicht auflöse, die benachbarte Kleinstadt in der sie Arbeit oder Absatz für Brot, Fleisch, Sattlerwaren, Geschirr u. dgl. fanden, nicht veröde<sup>62)</sup>.

Ein großer Teil auch der Landhandwerker würde sonst unrettbar der Sachsengängerei anheimfallen und schließlich dauernd nach der Großstadt oder ins Ausland abwandern<sup>63)</sup>.

Mit dem verstärkten Zuzug von Handwerkern und Krämern des platten Landes aber würde sich die Not des Kleingewerbes in den Großstädten steigern.

Ganz besonders wären es die Nahrungsmittelgewerbe, welche gleichzeitig unter der Verschärfung der Konkurrenz und unter der Verkleinerung ihres Absatzmarktes leiden würden.

Denn wie diese Gewerbe in der sogenannten „guten alten Zeit“ fast die einzigen waren, von denen man mit einigem Recht sagen kann, daß sie einen goldenen Boden besaßen (obwohl die Institution des Reihenbackens, Reihenschlachtens usw. beweist, daß auch hier nicht alles Gold war, was



glänzt), so haben sie auch in der Gegenwart sich von allen Handwerken vergleichsweise noch am besten gehalten.

Ganz besonders gilt dies von dem Fleischergewerbe. „Die Großstadtluft ist dem Fleischergewerbe nicht nachteilig, sondern im Gegenteil sehr zuträglich gewesen“<sup>64</sup>).

Sein Bestand erscheint auch in Zukunft, wenn auch vielleicht überwiegend in der Form der kleinkapitalistischen Unternehmung gesichert<sup>65</sup>). Denn das Fleischergewerbe ist von der Konkurrenz der Fabriken und der Konsumvereine weniger bedroht<sup>66</sup>) als die Bäckerei. Doch ist auch dieser noch eine lange Zukunft sicher, mögen Brotfabrikation und die Konsumvereinsbäckerei auch eine noch so schwunghafte Entwicklung nehmen. Haben sich doch selbst in England, demjenigen Lande, welches in dem verflossenen Jahrhundert mit dem Freihandel ebenso wie mit der Gewerbefreiheit vollen Ernst gemacht hat, und das an der Spitze der Konsumvereinsbewegung marschiert, Bäckerei und Metzgerei überwiegend in den Formen des Handwerks und der kleinkapitalistischen Unternehmung erhalten<sup>67</sup>).

Ja, sogar in den Vereinigten Staaten hat sich wenigstens die Bäckerei ihren handwerksmäßigen Charakter einigermaßen gewahrt. Mehr als der kapitalistische Großbetrieb ist es darum der Zuzug vom Lande und die Herabminderung der Kaufkraft der Städter, was die Zukunft unserer Nahrungsmittelgewerbe bedroht, wie alle handwerksmäßigen und kleinkapitalistischen Gewerbe der Großstädte überhaupt. Vielleicht ist es aber gerecht, die Schreiner und Totengräber von diesem Urteil auszunehmen, die einige Hoffnung auf vermehrte Beschäftigung besitzen, wenn die angestrebte „Verlangsamung der industriestaatlichen Entwicklung“ in Funktion getreten sein wird.

Nichts, was das „Wasserkopftum“ der großen Städte mehr zu fördern vermöchte, als der Rückgang des Bauernstandes und die Entvölkerung der Kleinstädte, die einzutreten droht, wenn die Entwicklung unserer Industrie künstlich unterbunden wird. Denn, wenn schon gehungert werden muß, hungert es sich in der Großstadt angenehmer als auf dem Lande. Es ist keine Rede davon, daß die Landwirtschaft, wenn die Kaufkraft der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sinkt,

dieser Bevölkerung hinreichende Arbeitsgelegenheit zu gewähren vermöchte. Für die 900 000 Menschen, um welche sich Deutschland jährlich vermehrt, ist auf den Rittergütern kein Raum. Können sie nicht in der Industrie ernährt werden, so müssen sie auswandern oder sterben.

Möglich, daß schließlich ein Teil der in den Großstädten und in den Industriegebieten lebenden Bevölkerung durch Elend und Entbehrung gezwungen, wieder aufs Land zurückkehren würde. Das schlummert ja auch im Hintergrund der agrarischen Hoffnungen, daß es die Not der Leute sein wird, die der Leutenot ein Ende macht. Aber diese Menschen, die unter solchen Umständen den Rückzug aufs Land antreten würden, würden eine Gesinnung mit sich bringen, die dem patriarchalischen Verhältnis zwischen Gutsherrn und Landarbeitern wie es die Agrarier lieben, nicht gedeihlich wäre.

Statt einer Verminderung der Klassengegensätze, wie sie von der fortschreitenden Ansiedlung der Industrie auf dem Lande und von der Fortentwicklung des neuen Mittelstandes zu erhoffen ist, wäre eine ungeheuere Verschärfung derselben zu gewärtigen. Die Agrarier wären vielleicht gerettet; aber das Ganze und mit ihm der Mittelstand, der alte mitsamt dem neuen, wären ruiniert.

Ist es nun gelungen, dem Bauern, dem ja im allgemeinen weder genetisches Denkvermögen noch intimere Kenntnis der Agrargeschichte zu eignen pflegt, die Erkenntnis dieses Gegensatzes zwischen seinen ureigensten Interessen und denjenigen der Großagrarier durch das Schlagwort vom protektionistischen Solidaritätsinteresse auszutreiben, noch ehe sie recht auf die Schwelle seines Bewußtseins getreten war, so wird es keiner dialektischen Kunst gelingen, auch nur den einfachsten Gemütern den Gedanken glaubhaft zu machen, daß die Bestrebungen unserer industriellen Großzünftler irgendwie dem Mittelstand zu gute kommen könnten. Denn hier ist es nicht nötig, sich in die Tiefen der Geschichte zu versenken, um zu erkennen, wohin die Sache führen wird. Hier kann jedermann mit leichter Mühe aus demjenigen, was sich Tag für Tag vor unseren erstaunten Augen abspielt, die Zeichen der Zukunft ablesen, ohne daß er besondere Seherkünste zu entfalten bräuchte. Wie auf so vielen anderen Ge-

bieten haben uns die Amerikaner auch hier ein großartiges Experiment vorgemacht, an dem wir die Fallgesetze der gewerblichen Betriebs- und Unternehmungsformen fast mit mathematischer Exaktheit abzulesen vermögen. Wir brauchen uns nur die lange Liste der amerikanischen Trusts anzusehen<sup>68)</sup>, die übrigens nicht einmal vollständig ist, weil es zahlreiche tatsächliche Trusts gibt, die rechtlich garnicht in die Erscheinung treten, nach Schmoller nur ein „Veilchendasein“ führen, und wir erkennen sofort, was sich dort hinter dem Schutz turmhoher Zollmauern zwischen dem großkapitalistischen Unternehmertum und seinen kleineren Konkurrenten abgespielt hat. Es ist wie in der alten Tragödie, wo am Anfange eine Menge kraftstrotzender Menschen vorhanden ist, und am Schluß nur ein Held oder ein Intrigant und ein Chor der Leidtragenden übrig bleibt, der sich in philosophischen Betrachtungen über die Hinfälligkeit und Veränderlichkeit alles Irdischen ergeht.

Der „Schutz der nationalen Arbeit“, der in Amerika zu Hause ist, und bei uns nur importiert wurde, hat dort als Erziehungsschutz der Schwachen ganz bescheiden angefangen; dann wurde er, als seine Beseitigung im überwiegenden Interesse der Gesamtheit geboten war, als „Erhaltungsschutz“ — angeblich zur Erhaltung der hohen amerikanischen Löhne nämlich — fortgeführt, bis er sich schließlic in Mac Kinley-Tarif von 1890 und im Dingley-Tarif von 1897 als Vernichtung- und Beraubungsschutz ins Riesenhafte ausgewachsen hat<sup>69)</sup>.

Allein wenn man auf fremde Länder exemplifiziert<sup>70)</sup>, so hat man stets den wissenschaftlichen Einwand zu gewärtigen: „Eines schickt sich nicht für alle“ und „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“.

Nun haben wir allerdings seit dem Jahr 1879, wenn auch in bescheidenerem Umfange, dasselbe getan, wie die Amerikaner, nämlich einen Teil unserer Industrien, die keines Erziehungsschutzes mehr bedurften, durch Zölle oder durch die Tarifpolitik unserer Eisenbahnen geschützt. Und was ist das Ergebnis gewesen? Dieser Schutz hat sich bei uns, genau wie dort, als ein Schutz der Starken gegen die Schwachen erwiesen. Denn unter seinem Einfluß haben sich



besonders die Kartelle der sogenannten „schweren Industrie“, welche sich die monopolistische Ausbeutung des inneren Marktes von Kohle und Eisen, dem „Brot“ fast aller Industrien, zur Aufgabe setzten, zu wahren Großmächten entwickelt. Und vom „reinen“ Walzwerksbesitzer bis herab zum kleinen Hufschmied auf dem Lande haben zahllose Angehörige des unteren und oberen Mittelstandes den Druck dieser Übermächtigen gespürt.

Man höre aus dem Munde eines unverdächtigen Zeugen, wie sich unter dem Regimente des Kohlensyndikats der deutsche Kohlenhandel entwickelt hat. Der Düsseldorfer Kohलगроßhändler Vohwinkel hat über dieses Thema bei der Kartellenquête eine außerordentlich schöne Rede gehalten, aus welcher sich ergibt, daß der Kohलगроßhandel das Monopol einer kleinen, zünftlerisch geschlossenen Gruppe von Großkaufleuten geworden ist, die eigentlich gar keine Kaufleute mehr sind, sondern fürstlich dotierte Beamte des Syndikats. „Wenn ich mir die ganze Lage vor Augen führe“ — so formulierte Herr Vohwinkel sein Gesamturteil über die Zukunft des Kohlenhandels — „dann ist mir oft das bekannte Wort eingefallen: Ave, Caesar, morituri te salutant“<sup>71)</sup>.

Ganz ähnlich sind die Verhältnisse in der Spritbranche, im Verlagsgewerbe und in anderen Handelszweigen, in denen die Kartellierung der Produzenten zu einer immer größeren Abhängigkeit der Händler<sup>72)</sup> geführt hat.

Jeder von uns weiß, daß die Entwicklung zum kapitalistischen Groß- und Riesenbetrieb einer immanenten Tendenz der modernen Wirtschaftsweise folgt, die sich früher oder später auch ohne besondere Förderung durch den Staat Geltung verschaffen würde. Die künstliche Züchtung monopolistischer Großbetriebe durch Staatshilfe gibt aber der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung einen unsteten, sprunghaften Charakter, vernichtet den individuellen Unternehmungsgeist auch auf Gebieten, wo er gegenüber dem kapitalistischen Großbetrieb auch heute noch der Träger des technischen Fortschritts ist und führt zu den ernstesten, von nationalen und sozialpolitischen Gesichtspunkten aus, beklagenswertesten Konsequenzen.

Denn nicht nur, daß schon bisher durch solche monop-

listische Großbetriebe infolge des Zollschatzes, den sie bisher im Inland genießen, das Ausland billiger bedient werden konnte und bedient wurde, als dieses, der Zollschatz, der auf diese Weise in Wahrheit keinen Schutz mehr, sondern Raubbau an der nationalen Arbeitskraft bedeutet, hat dem Ausland den Vorwand zur Erhöhung von anderen Zollpositionen gegeben, durch welche zwar nicht jene schwere Industrie, wohl aber die weiter verarbeitenden Gewerbe des Inlands hart getroffen werden. Die Folge davon war — und in Zukunft wird diese Folge, wenn keine brauchbaren Handelsverträge zu stande kommen und wenn England zum Schutzzoll übergeht, natürlich noch in weit stärkerem Maße eintreten als bisher, — daß deutsche Unternehmer Fabriken im Auslande anlegten, in Rußland, in Nordböhmen, in den Vereinigten Staaten, und daß auf diese Weise im Zeichen des Schutzes der nationalen Arbeit der inländischen Bevölkerung wertvolle Arbeitsgelegenheit verloren ging, daß auch der Mittelstand durch Verpflanzung eines Theils gerade der höchstgelernten und bestgelöhnten Arbeiter und Werkführer ins Ausland geschwächt wurde.

Fürwahr ein schöner Schutz der nationalen Arbeit, der im Osten zur Polonisierung des Landvolks und im Westen zur Expatriierung eines Theils des Industrievolks führt! Und was geschieht mit den riesigen Vermögen, die diese Großzünftler auf solche Weise aus den Taschen der übrigen Bevölkerung und ganz besonders aus den Taschen des Mittelstandes — denn in den übrigen Taschen ist, wenn die Miete und das Brot bezahlt ist, nicht mehr viel — zu ziehen verstehen?

In Amerika kommen die in der Industrie und im Handel erworbenen Riesenvermögen durch fürstliche Spenden für Kulturzwecke bekanntlich wenigstens zum Theil wieder der Gesamtheit zu gute. Bei uns ist von Bibliothekstiftungen und dergl. noch wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Man hat von Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter einzelner Werke gehört. Das ist wahr. Aber selten sind solche Wohlfahrtseinrichtungen getroffen worden, ohne daß damit eine bedenkliche Beschränkung der Freiheit der Arbeiter Hand in Hand ging. Man hat ferner viel davon gehört, daß die in der In-

dustrie und im Handel erworbenen Vermögen zum Ankauf von Landgütern verwendet worden sind.

Bei dem großen sozialen Ansehen, welches bei uns der Grundbesitz verleiht, ist an dieser Entwicklung auch nichts Auffallendes, und soweit sie dazu führt, an die Stelle unfähiger Wirte fähigere zu setzen, ist sie im Interesse der Landeskultur sogar begrüßenswert. Allein es besteht die Gefahr, daß Personen, welche den Grund und Boden nur um der sozialen Vorteile willen begehren, die mit seinem Besitz verbunden sind, es sich in erster Linie angelegen sein lassen werden, möglichst viel davon zu erwerben, wodurch die Bodenpreise schließlich auf eine, für den tüchtigen, aber weniger kapitalkräftigen Landwirt unerschwingliche Höhe steigen müssen. Zum Glück gibt es in den betreffenden Kreisen noch nicht viele, bei welchen, wie bei dem Freiherrn von Heyl, die Voraussetzungen<sup>73)</sup> für die Erlangung eines Fideikommisses gegeben sind.

Sonst wäre zweifellos die Gefahr, die unserem Bauernstand von dieser Seite drohen würde, nicht minder groß, wie die von seiten der großagrarischen Mittelstandsfreunde.

Sind nun die Züge, welche das Großzünftlertum an sich trägt, dem sozialpolitisch Empfindenden wenig sympathisch, so ist es doch dem Fortschritt des Ganzen weit weniger im Wege, als das Kleinzünftlertum. Denn dieses fällt gänzlich aus dem Rahmen unserer heutigen Wirtschaftsverfassung heraus und führt zurück weit hinter die Anfänge des modernen Staates, der durch den Bau von Straßen und Kanälen, durch Errichtung staatlicher Musterbetriebe, durch Ermutigung der Ansiedlung technisch hochstehender fremdnationaler Handwerksmeister, durch Abstellung der größten Mißbräuche der Zünfte, durch Befreiung der Manufakturen von den Beschränkungen der zünftlerischen Arbeitsverfassung, durch Milderung und Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern usw. die Bevölkerungsvermehrung und die Produktivität der Arbeit zu fördern suchte. Der Merkantilismus war in seiner äußeren Politik, wie man treffend gesagt hat, eine an die Landesgrenze vorgeschobene Zunftordnung, und diesen Zug des alten trägt auch der neue Merkantilismus der modernen Staaten an sich. Aber wie der alte Merkantilismus in seiner inneren



Politik sich die Erweiterung des Marktes und die Befreiung des Handels und Gewerbefleißes von überkommenen Fesseln angelegen sein liefs, — hat doch ein deutscher merkantilistischer Schriftsteller aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts den sehnlichen Wunsch ausgesprochen, dafs „die vermaledeiten und als die ärgste Pest in ganz Teutschland verfluchten Zünfte, die ursach, warum in Teutschland die Manufakturen bis dato nicht haben über sich kommen können, mit einander zu des Teufels Großmutter gejagt würden“<sup>74)</sup> — so haben auch die modernen Großstaaten, welche mit Deutschland um die Suprematie im Welthandel rivalisieren, England und die Vereinigten Staaten, es sich angelegen sein lassen, im Inlande die Idee des Freihandels so vollständig wie nur möglich zu verwirklichen und ihr Verkehrswesen in der technisch vollkommensten Weise auszubilden. Ebenso ist der große Vorkämpfer der deutschen Schutzzollpolitik, Friedrich List, nicht minder energisch für Handels- und Verkehrsfreiheit im Innern, wie für Erziehungsschutz nach außen eingetreten. Er wollte ein freies Volk von der Maafs bis an die Memel, von den Alpen bis zum Belt auf freien Flüssen und offenen Verkehrswegen Handel treiben sehen. Er wies den Gegnern seiner weit ausschauenden inneren Handelspolitik die Kleinlichkeit ihrer Anschauung großartiger Verhältnisse mit flammenden Worten nach. Wie sich die Eisenbahnen in lokale, provinzielle und nationale einteilen liefsen — so führt er einmal aus —, so gebe es auch Ökonomen, die nur eine Municipalwirtschaft, andere, die nur eine Provinzwirtschaft und wieder andere, die eine ganze Nationalwirtschaft zu übersehen vermöchten<sup>75)</sup>.

Was würde wohl er, wenn heut sein Geist herniederstiege, zu unseren Zünftlern sagen! In welche Rubrik würde er Leute einreihen, welche die Entwicklung unserer Volkswirtschaft zurückschrauben möchten bis in den Zustand mittelalterlicher Stadtwirtschaft und nationaler Ohnmacht hinein, bis in eine Zeit, deren Signatur geringe Volkszahl, ständische Ungleichheit, geistige Unfreiheit des Individuums und Unsicherheit der Existenz aller gebildet hat!

Was die Folge der Verwirklichung dieses „Ideales“ für die 58 Millionen unserer Bevölkerung bedeuten würde, wenn

sie überhaupt möglich wäre, scheut sich die Phantasie auszumalen. Einen schwachen Begriff davon vermögen wir uns aber zu verschaffen, wenn wir den Blick nach Österreich richten. Dort ist man mit der Verwirklichung des zünftlerischen Programms um einen beträchtlichen Schritt weiter gegangen, als es in Deutschland glücklicherweise bisher geschehen ist, und die Erfahrungen, welche man damit gemacht hat, sind für uns um so beweiskräftiger, als es sich zum Teil um dieselben Bevölkerungselemente handelt, aus welchen sich auch das Deutsche Reich zusammensetzt. Hören wir, was einer der besten Sachkenner auf diesem Gebiet, Heinrich Waentig, darüber sagt:<sup>76)</sup>

Man hat sich sogar in Österreich damit begnügen müssen, „dem Kleingewerbe seinen Wettbewerb dadurch zu erleichtern, daß man der Großindustrie durch sozialpolitische Maßnahmen die Arbeitskräfte zu verteuern suchte und ihren Konkurrenten den jugendlichen Nachwuchs opferte“, und es hat sich ergeben, daß „dieses, auf Erhaltung des Handwerks berechnete System wohl gelegentlich dem einzelnen Geschäftsmann gewisse Erleichterungen verschaffen mag, sein Hauptziel aber verfehlt, weil es in seinen weiteren Konsequenzen nicht, wie dies doch notwendig wäre, zur Heranbildung eines körperlich und geistig tüchtigen Stammes kleiner Arbeitsunternehmer, sondern vielmehr zur Emporzüchtung einer, in jeder Hinsicht unbrauchbaren gewerblichen Krüppelgarde führt.“

Die ganze Janitscharenmusik von der „Übersetzung des Handwerks“, vom „Pfuschertum“, von den Überschreitungen des „Berechtigungsumfangs“ der Gewerbe, wie es im österreichischen Kanzleistil heißt, tönt über die Grenze abschreckend in unsere Ohren<sup>77)</sup>. Die Tischler streiten sich mit den Sattlern, wer den Reisekoffer machen darf, den der tüchtige deutsche Arbeiter mitnimmt, wenn er nach Amerika auswandert, die Schreiner mit den Schlossern, wer das Pult mit einem Schloß versehen darf, in dem der österreichische Mittelstandsretter seinen neuesten Gewerbegesetzentwurf aufbewahrt und mit dessen Deckel er melodisch die „judenliberale“ Gewerbeordnung bekämpft. Und trotz der verwerflichsten Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft durch die Lehrlingszüchterei,

trotz dem mangelhaften Arbeiterschutz im Kleingewerbe, der zur körperlichen Verkümmern der von diesem beschäftigten Arbeiter führt, ein stetiger Rückgang des Kleingewerbes! Daher denn auch in Österreich die absolute Unfähigkeit der Zwangsgenossenschaften, in denen oft recht ansehnliche kapitalistische Unternehmer mit bettelarmen Kleinmeistern zusammensitzen, zu positiven Leistungen. Wo aber von positiven Leistungen berichtet wird, bestehen diese nicht selten in mehr oder minder erfolgreichen Versuchen, unbequeme Eindringlinge von dem Gewerbe fernzuhalten<sup>78)</sup>. Welcher Geist unter dem Einfluß derartiger gewerblichen Zustände in zahlreichen Kleinstädten, Märkten und Dörfern Innerösterreichs herrscht, davon hat Hainisch auf der Kölner Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1897 eine anschauliche Schilderung entworfen<sup>79)</sup>: „Indem die öffentliche Meinung der Orte durch die Handwerker beherrscht wird, erscheint es im lokalpatriotischen Interesse gelegen, fremde Konkurrenz tunlichst auszuschließen. Häufig genügt die gesellschaftliche Verwehmung, unbequeme Konkurrenten fernzuhalten. Reicht diese nicht aus, so greifen nicht selten die autonomen Gemeindebehörden ein, um, wenn auch unerlaubterweise, den Eindringling hinauszuhikanieren. Innerhalb des Weichbildes ist es dann die Pflicht jedes Gewerbetreibenden, womöglich wieder bei jedem Anderen zu kaufen, gerade so, wie es von den Jenenser Bäckern berichtet wird. Wehe dem, der es unterliesse, es ginge ihm sonst wie einem mir bekannten, übrigens tüchtigen Schuhmachermeister einer Kleinstadt, der von allen 28 Gastwirten und 4—5 Fleischhauern boykottiert wird, weil er nach einem schweren Nervenleiden Vegetarianer wurde.“

Kein noch so hoher Zollschatz kann die österreichische Industrie für die fast hoffnungslose Zerrüttung des einheimischen Marktes entschädigen, welche nächst dem Nationalitätenstreit, der kapitalfeindlichen Steuergesetzgebung, dem mangelhaften Verkehrswesen durch nichts mehr verschuldet ist, als durch das ungezügeltere Walten zünftlerischen Geistes. Nicht zufrieden, mit dem Verbot des Getreideterminhandels den einzigen Vorsprung eingeholt zu haben, den das deutsche Reich auf dem Gebiete der Reaktion vor Österreich voraus hatte, ist die österreichische Mittelstandspartei schon wieder am



Werk, durch eine neuerliche Verschlechterung des gewerblichen Rechtszustands dem mißregierten Land eine neue Heimsuchung zu bereiten.

Welcher deutsche Staatsmann aber, der sein Vaterland lieb hat, wäre kühn genug, angesichts dieser österreichischen Erfahrungen sich zum Vollstrecker der zünftlerischen Forderungen zu machen und um der Marodeure des gewerblichen Heerbanns willen die große Armee der Arbeitstüchtigen aufzuhalten, welche im Vorrücken begriffen ist und welche die Schlachten der Zukunft schlagen soll!

„Ein Land, das die Produktivität seiner Arbeit auf einer niedrigeren Stufe erhält, wird von England und namentlich von Amerika immer weiter in der wirtschaftlichen Kulturentwicklung überholt werden und schließlich in Chinesentum versinken“<sup>80</sup>).

Ich bin damit am Schlusse meiner Ausführungen angekommen. Wenn der deutsche Bauernstand die agrarische Krise ungeschwächt überstanden hat, wenn ein Teil des Handwerks vor dem Herabsinken in das Proletariat bewahrt blieb, ein anderer Teil als kleinkapitalistisches Unternehmertum zu einer Blüte gelangt ist, wie sie in den ärmlichen Verhältnissen kleinstaatlicher Vergangenheit nur von wenigen Gewerbetreibenden erreicht wurde, und wenn aus den Tiefen des Proletariats eine wachsende Zahl von Männern und Frauen zu einer menschenwürdigen Existenz emporsteigt, so ist all das in erster und letzter Linie der Steigerung der Produktivität der nationalen Arbeit zu verdanken, die ihrerseits eine Folge des Übergangs zum Industriestaat ist. So gewiß sich dieser Übergang, ohne Rücksicht auf die Beratungen der Gelehrten darüber, ob er erwünscht oder berechtigt sei, und trotz aller Mißgriffe der Politik vollzogen hat, so gewiß wird er sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Denn sobald sich die verkehrsfeindliche Politik der jetzt herrschenden Parteien in niedrigeren Löhnen, verminderter Arbeitsgelegenheit, erhöhtem Massenelend fühlbar machen wird, wird ohne Zweifel eine Bewegung durch unser Volk gehen, welche der Reaktion endlich Halt gebietet. Denn die Dinge lieben es nicht, auf die Dauer schlecht regiert zu werden und schließlich kann nur der-

jenige die wirtschaftliche Entwicklung beherrschen, der ihr zu gehorchen versteht. Darum wird, wenn auch nach heftigen Kämpfen, schliesslich doch wieder eine Zeit freierer Ausgestaltung unserer inneren und äusseren Handelspolitik anbrechen. Dann werden — so hoffen wir — die Söhne des Vaterlands, wenn sie die Enge und Dürftigkeit des heimischen Bodens über die Meere treibt, diesem nicht länger verloren gehen, werden die Millionen, die heute grollend beiseite stehn, mit der herrschenden Ordnung sich versöhnen. Dann wird man mehr nationale Arbeit verrichten und weniger davon reden. Dann wird seltener vom Mittelstand und öfter vom Ganzen die Rede sein. Dann gibt es wieder ein Sehnen und ein Glühen für edlere Dinge, als teures Brot und hohe Kohlenpreise. Dann endlich wird eine Zukunft dämmern, in der der Mensch im Kampf mit den rohen Gewalten in und um uns erfolgreicher als heute nach der Freiheit ringt, die nur derjenige sich verdient, „der täglich sie erobern muß!“

## Anmerkungen.

<sup>1)</sup> Einiges hierüber teilt Biermer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften Bd. V, S. 814 ff. (s. v. „Mittelstandsbewegung“) mit. Der Gegenstand verdiente aber eine eingehendere wissenschaftliche Betrachtung.

<sup>2)</sup> Aus dieser ergibt sich, daß die Einkommenempfänger der Klasse 900—3000 Mk. in Preußen 1892/93 81,89 %, 1895 87,54 %, 1900 87,47 % aller Zensiten betragen haben. In Sachsen stiegen die Einkommenempfänger der Klasse 500—3300 Mk. von 20,94 % aller Zensiten im Jahre 1879 auf 31,14 %, im Jahre 1894 und 40,35 % im Jahre 1900. Die steuerfreien Einkommen bezifferten in Preußen, wo die Einkommensteuerpflicht bei 900 Mk. beginnt, 1892 noch 70,27 %, 1900 nur noch 62,41 %; in Sachsen, wo die Einkommensteuerpflicht schon bei 500 Mk. beginnt, 1879 51,51 %, 1894 36,59 %, 1900 nur noch 28,29 %. Diejenigen mit Einkommen von weniger als 800 Mk. machten in der genannten Zeit 76,39; 65,30; 55,69 % aus. Nach Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ S. 506 mit 502.

<sup>3)</sup> Freilich ist ihre Zahl noch groß genug! Betrug doch nach der Statistik der Berufsgenossenschaften der Durchschnittslohn eines deutschen Arbeiters selbst im Höhepunkt der letzten Aufschwungsperiode nicht mehr als 755 Mk pro Jahr! Im Jahre 1895 betrug der Durchschnittsjahreslohn der gewerblichen Arbeiter nach Calwer gar nur 673 Mk.! Da der Arbeitsverdienst des Mannes durchschnittlich mindestens 75 % des Familieneinkommens ausmachen dürfte, so ergibt sich aus diesen Ziffern, daß im Reich auch heute noch der weit überwiegende Teil der Bevölkerung von Einkommen unter 900 Mk. lebt.

<sup>4)</sup> Zu welchen Unklarheiten des Urteils die übliche Spielerei mit dem Worte Mittelstand selbst einsichtige und kenntnisreiche Leute verführt, dafür liefert Wilhelm von Polenz in seinem Amerikabuche „Das Land der Zukunft“ ein schlagendes Beispiel. Hier heißt es Seite 90: „Die Hauptursache, warum die Sozialdemokratie so wenig Boden findet in einem Lande, das sich mehr und mehr zum Industriestaat großen Stils entwickelt, ist, daß zwischen Proletarier und Bourgeois keine tiefe und unüberbrückbare Kluft besteht. Auch der Unterschied in der



Lebensführung ist zwischen dem Manne von Geld und Rang und dem schlichten Arbeiter garnicht so groß. Beide haben eine ähnliche Schulbildung genossen, lesen dieselben Zeitungen, fahren in der nämlichen Eisenbahnklasse. Sie haben die nämlichen Sports, sie kleiden sich, wenigstens Feiertags, fast gleich. Wie oft sieht man am Sonntagnachmittag junge Arbeiter nett angezogen mit einer jungen Dame neben sich im Einspanner kutschieren. Sie gehen, wenn sie Zeit dazu haben, auf die Jagd, die drüben frei ist. Sie haben ihre Bäder, ihre Turnhallen. Sie spielen Baseball, der für die Arbeiterklasse den Football der akademischen Jugend vertritt. Kurz, sie stellen Ansprüche, die bei uns höchstens die Herrenklasse kennt. Die Löhne sind drüben bekanntlich wesentlich höher wie bei uns“ u. s. w.

Und auf S. 396 schreibt derselbe Verfasser von dem Lande, dessen „Proletariat“ er auf eine Weise geschildert hat, daß wohl manchem Angehörigen unseres „Mittelstandes“ bei der Lektüre dieser Schilderung die Erinnerung an die Märchen seiner Kindheit aufsteigt: man dürfe sich nicht über die Tatsache wegtäuschen lassen, „daß Amerika nur einen schwachen Mittelstand aufweist. Die Zahl der mittleren Vermögen, die in Deutschland im steten und schnellen Wachstum begriffen ist, bleibt drüben stationär. Die Kluft zwischen den Millionären und jenen, die bei gutem Verdienst aus der Hand in den Mund leben, zeigt nicht die Neigung, sich zu schließen, eher sich zu erweitern“. Polenz hat sich hier offensichtlich durch die Unbestimmtheit des Wortes „Mittelstand“ dazu verführen lassen, aus dem Wachsen des absoluten Abstands zwischen den kleinsten und größten Einkommen in den Vereinigten Staaten Rückschlüsse auf die relativen Größen der drei Einkommenschichten zu machen, deren mittlere er den „Mittelstand“ nennt. Dieser Schluss ist aber, wie sich aus seiner eigenen Schilderung schon ergibt, falsch. Es ist bekannt, daß in den Vereinigten Staaten die Zahl der Personen, die von der Hand in den Mund leben, im Rückgang ist, wie die ständige Zunahme der Zahl der Depositeneinleger der Nationalbanken, Staatenbanken, Trustkompagnieen und Privatbanken schlagend beweist. An dieser Stelle genüge es, auf nachstehende kleine Statistik zu verweisen, die sich nur auf die Sparkassen (savings banks) bezieht. Es betrug nach den Angaben des Bureau of Statistics:

	Die Zahl der Einleger:	Der Gesamtbetrag der Depositen:
1870 . . .	1 630 846	549 874 358 Dollars
1880 . . .	2 335 582	819 106 973 -
1890 . . .	4 258 893	1 524 844 506 -
1900 . . .	6 107 083	2 449 547 885 -

Von den Gesamtdepositen der 8 Millionen Einleger der übrigen Banken, die gleichzeitig rund 5 Milliarden Dollars betragen haben, entfällt natürlich auch ein recht ansehnlicher Prozentsatz auf Arbeiter und sonstige Angehörige des Mittelstands. (Vgl. Fin. Report 1899, S. 114 ff.) Polenz widerlegt sich selbst, wenn er S. 92 schreibt: „Man wäre fast

versucht zu glauben, daß es in Amerika Proletarier überhaupt nicht gibt. In den „slums“ der großen Städte vegetiert allerdings eine durch und durch proletarische Klasse“. (a. a. O. S. 92.)

<sup>8)</sup> Diese Tatsache wäre an sich noch kein Anlaß zu sonderlicher Befriedigung, da ja auch die Zahl der Armen größer geworden ist. Das wichtigere ist, daß die Lebenshaltung der Armen sowohl wie des Mittelstandes eine qualitativ bessere geworden ist, mag auch heute noch sehr viel Wohnungselend, Alkoholismus u. s. w. vorhanden sein.

<sup>9)</sup> „Häuslicher Zustand auf Frömmigkeit gegründet, durch Fleiß und Ordnung belebt und erhalten, nicht zu eng, nicht zu weit, im glücklichsten Verhältnis zu den Fähigkeiten und Kräften. Um sie her bewegt sich ein Kreislauf von Handarbeiten im reinsten anfänglichsten Sinn. Hier ist Beschränktheit und Wirkung in die Ferne, Unsicht und Mühsung, Unschuld und Thätigkeit.“

<sup>7)</sup> Zu beachten ist, daß man hierunter zu Goethes Zeit keineswegs die Handwerkerklasse verstand — diese zählte überwiegend zum niederen Volk — sondern die Beamten, Geistlichen, wohlhabenderen Kaufleute und Fabrikanten. Vgl. Sombart a. a. O., S. 517 u. 538.

<sup>8)</sup> Vgl. Schmoller. „Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen?“ Göttingen 1897. S. 31 f. Das Gesamtergebnis seiner Schätzung ist:

„0,25 Mill. Familien, die wir als aristokratische und vermögende Gruppen bezeichnen, größere Grundbesitzer und Unternehmer, höhere Beamte, Ärzte, Künstler, Rentiers.

2,75 Mill. Familien, die wir als die Gruppe des oberen Mittelstandes bezeichnen, mittlere Grundbesitzer u. Unternehmer, die meisten höheren Beamten, viele Glieder der liberalen Berufe.

3,75 Mill. Familien, die wir als die Gruppe des unteren Mittelstandes bezeichnen, die Kleinbauern, Handwerker, Kleinhändler, die Subalternbeamten, Werkmeister, besser bezahlten Arbeiter.

5,25 Mill. Familien, die wir als die unteren Klassen bezeichnen, hauptsächlich Lohnarbeiter, aber auch viele untere Beamte, ärmere Handwerker und Kleinbauern.“

<sup>9)</sup> Hugo Böttger, „Vom alten und neuen Mittelstand.“ Burschenschaftliche Bücherei. Berlin 1901, S. 9 ff.

Er kommt zu einer etwas niedrigeren Schätzung als Schmoller und nimmt an, daß 4,9 Millionen Haushaltungen im deutschen Reich Mittelstandscharakter besitzen.

<sup>10)</sup> Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, Berlin 1903, S. 534 mit 531.

<sup>11)</sup> Hierbei sind sämtliche Alleinmeister und Betriebsleiter mit nur einer Hilfsperson samt ihren Angehörigen dem Proletariat zugerechnet.

<sup>12)</sup> Vgl. z. B. Adolf Wagner. „Agrar- und Industriestaat.“ Jena 1901, S. 80. Paul Dehn, „Die Großbazare und Massenzweiggeschäfte“, Berlin 1899, S. 53. Es ist ein beliebter Tric vieler Mittelstandspolitiker,

die Sache so hinstellen, als behaupteten „die Vertreter einer mehr liberalisierenden Weltauffassung“, ein neuer Mittelstand werde sich vorwiegend aus den Angestellten der Großbazare u. Massenzweiggeschäfte heraus bilden. Eine solche Behauptung wäre ebenso töricht, und übertrieben, als wenn jemand sagte, diese Geschäfte drohten den alten Mittelstand in seiner Gesamtheit zu vernichten.

<sup>13)</sup> In diese Rubrik gehört besonders die — in München z. B. — noch sehr verbreitete Sitte des „Kundentrinkens“.

<sup>14)</sup> Prinz Alois von Lichtenstein. „Das Reich der Römer“. Sozialpolitische Studie. Allgemeine Bücherei, herausgegeben von der Leogesellschaft. S. 43.

<sup>15)</sup> Zur Zeit besteht auf Grund der Unfall- und Invalidenversicherungsgesetze die Möglichkeit der Selbstversicherung für Betriebsunternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst 3000 Mk. nicht übersteigt, oder welche nicht regelmäßig mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen. Auch ist im Unfallversicherungsgesetze die Ausdehnung der Versicherungspflicht durch Statut auf solche Unternehmer, insbesondere wenn sie in eigenen Betriebstätten im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt (Hausgewerbetreibende) sind, vorgesehen. Die von Georg Adler („Epochen der Deutschen Handwerkerpolitik“, S. 88 ff.) geforderte Zwangsversicherung gegen Alter und Invalidität dürfte an der Unmöglichkeit der Aufbringung des erforderlichen Reichszuschusses scheitern. Wie der am 11. September v. Js. vom Deutschen Handels- und Gewerbekammertag in München angenommene Entwurf des Syndikus der Breslauer Handwerkskammer Dr. Plaeschke zeigt, steht der Invaliditätsversicherung der Handwerker — von der Schwierigkeit der Erhebung der Beiträge abgesehen — die außerordentliche Schwierigkeit der Feststellung entgegen, wann in diesem Falle dauernde Erwerbsunfähigkeit anzunehmen ist. Diese Schwierigkeit wird einerseits dadurch begründet, daß die Tätigkeit des Handwerkers teils eine dispositiv-organisatorische, teils eine technische ist, andererseits liegt sie darin, daß es sehr schwer ist, festzustellen, „was körperlich gesunde selbstständige Handwerker desselben Gewerbes und mit ähnlicher Ausübung in derselben Gegend durch Betrieb des Handwerks zu verdienen pflegen.“

<sup>16)</sup> Sombart, „Der moderne Kapitalismus“. Leipzig 1902, Bd. 2, S. 351.

<sup>17)</sup> Vgl. Lotz, Materialien, betr. die bayrische Gewerbesteuer, S. 8 (als Manuskript gedruckt).

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu Bücher, Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 76, S. 20.

<sup>19)</sup> In der Blütezeit der Zünfte waren die meisten Handwerker Eigentümer ihrer Häuser und daneben eines oft recht ansehnlichen landwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes inner- und außerhalb der Ringmauern. Als dann seit dem 16. Jahrhundert mit dem eingetretenen



Aufschwung des Weltverkehrs das Handwerk zu verfallen begann, wurde in den Zunftordnungen vieler deutschen Städte — von anderen Erschwerungen der Erlangung des Meisterrechts abgesehen — die Befugnis zum unabhängigen Handwerksbetrieb an den Besitz eines eigenen Hauses geknüpft. (Vgl. Brentano, „Über die Ursachen der heutigen sozialen Not“. Leipzig 1889, S. 11.) So erklärt sich zum Teil die Ausdehnung, welche der Hausbesitz auch heute noch unter den Handwerkern hat. (Vgl. hierzu Sombart, „Kapitalismus“ I, S. 624 ff., II, S. 476.)

<sup>20)</sup> Vgl. Adler, „Epochen der deutschen Handwerkerpolitik“, Jena 1903, S. 16 ff. „Das ganze Mittelalter hindurch und noch darüber hinaus ist in den Städten Viehzucht und zumal die Mästung von Schweinen eifrig betrieben worden.“

<sup>21)</sup> Vgl. hierzu Paul Voigt in „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“ Bd. 76, S. 99 und insbesondere Sombart, „Kapitalismus“ II, S. 566 ff.

<sup>22)</sup> Diese setzte sich zusammen aus:

1 035 580	Alleinmeistern,
1 671 468	Angehörigen derselben;
232 033	Hausindustrielle (Betriebe mit einer Person),
258 232	Angehörigen derselben;
586 014	Inhabern von Gehilfenbetrieben (2—5 Personen)
	für eigene Rechnung,
1 715 129	Angehörigen derselben;
50 038	Inhabern von Gehilfenbetrieben (2—5 Personen)
	für fremde Rechnung,
140 522	Angehörigen derselben.
<hr/>	
5 689 016	

Vgl. Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ S. 531 u. 534.

<sup>23)</sup> So kam beispielsweise in Villingen in Baden ein Handelsgeschäft 1886 auf je 357, 1897 schon auf je 182 Einwohner; in 14 Kleinstädten desselben Bezirks bezugsweise 180,6 und 91,7 Einwohner. Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ S. 256.

<sup>24)</sup> Hierhin zähle ich die Wanderlager, die „Ärmelausreifsgeschäfte“, gewisse Formen des Auktionsgeschäftes, sowie des Hausierhandels, das Gella- und Hydrasystem u. dgl.

<sup>25)</sup> Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ S. 534.

<sup>26)</sup> Vgl. Sombart, „Kapitalismus“ Bd. I, S. 649 ff.

<sup>27)</sup> Vgl. hierzu die interessante Studie von Marie Heller: „Klein-gewerbe, Kleinhandel und die großstädtische Grundrente“ in Schöffles „Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft“ 59. Jahrg., S. 391 ff.

<sup>28)</sup> Vgl. hierzu Sombart, „Der moderne Kapitalismus“ II, S. 555 ff., der mit Recht hervorhebt, daß es die Wesensverschiedenheit der Kon-

kurrenz ist, was die Handwerker — im Gegensatz zu den Landwirten — wenigstens für die Produktivgenossenschaft ungeeignet macht.

<sup>29)</sup> Brentano, „Ethik und Volkswirtschaft“, München 1902, S. 35.

<sup>30)</sup> Der Reichstag hat sich allerdings seit 1885 wiederholt liebevoll mit dem Antrag Ackermann, Biehl u. Genossen auf Einführung des Befähigungsnachweises beschäftigt; auch im Jänner 1890 mit einer Mehrheit von 430 gegen 92 Stimmen einen zünftlerischen Gesetzentwurf angenommen, welcher die Zwangsinnung und den Befähigungsnachweis für 63 Handwerke einführen sollte.

<sup>31)</sup> Vergl. Pohle, „Die neuere Entwicklung des Kleinhandels“, Dresden 1900, S. 37.

Man kann überhaupt häufig finden, daß verkehrsfeindliche Gesetze gerade das Gegenteil von dem bewirken, was sie bewirken sollen. Man denke an die französischen Erdrösselungssteuern gegen die Warenhäuser, durch welche diese geradezu gezwungen wurden, ihren Umsatz zu vergrößern oder an die amerikanische Interstate Commerce Acte, welche die Eisenbahnen veranlaßte, nur den allergrößten Verfrachtern die Begünstigungen zuteil werden zu lassen, die das Gesetz im Interesse der kleinen Verfrachter aus der Welt schaffen sollte.

<sup>32)</sup> Vgl. „Die Denkschrift des Centralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes betr. die Wirkungen des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 und der, durch das Reichsstempelgesetz vom 14. Juni 1900 eingeführten Börsensteuererhöhung“ S. 40 ff.

<sup>33)</sup> Vgl. zu dieser Frage Riesser, „Die Notwendigkeit einer Revision des Börsengesetzes“, Berlin 1901, S. 25 ff.

<sup>34)</sup> Vgl. Wermert, „Über die Wirkungen des Börsengesetzes und die Notwendigkeit seiner Abänderung“ in „Conrads Jahrbüchern“, 3. Folge, Bd. 22 (1901), S. 826.

<sup>35)</sup> Wilhelm von Polenz, dem niemand nachsagen wird, daß es ihm an Wohlwollen für unseren Mittelstand gemangelt habe, sagt in seinem, oben erwähnten Buche über das „Land der Zukunft“: „Unser Mittelstand . . . , obgleich er glücklicherweise nicht in amerikanischer Weise korrumpiert ist, könnte doch in manchem von den Yankees eine gute Lektion annehmen. Der kleinliche Neid, die Zerkahrenheit, der Eigensinn, die Nörgelsucht, der Pessimismus des deutschen Bierbankpolitikers und Kannegießers steht in wenig schmeichelhaftem Gegensatz zu dem zielbewußten, stolzen, aufs Ganze gehenden, sachlichen Geist des amerikanischen Bürgers“ (a. a. O., S. 401).

Ähnlich warnt der Engländer Mosely, der im Winter 1902 mit einer Anzahl englischer Gewerkschaftsführer eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten unternahm, seine Landsleute aufs Eindringlichste vor der Weiterschleppung technischer Rückständigkeiten. „Ich kann nur sagen“ — so schließt er seinen Bericht —, „daß, wenn wir unsere Position im Welthandel behaupten wollen, Meister und Gesell sich tüchtig rühren müssen. Veraltete Arbeitsmethoden, müssen aufgegeben, ver-

altetes Maschinenwesen muß über Bord geworfen werden. . . . Moderne Maschinerie muß eingeführt, planmäßiges Zusammenarbeiten angestrebt, die Initiative des Einzelnen auf jede nur mögliche Weise ermutigt werden. Ohne ein solches, der Neuzeit angepaßtes System können wir nicht hoffen, mit einem Lande wie die Vereinigten Staaten zu konkurrieren“ (Reports of the Industrial Commission, Manchester 1903, S. 12).

Die Warnung ist auch in England nicht ganz unangebracht, da die dortigen Gewerkvereine zum Teil auch eine Art verkehrsfeindlicher Mittelstandspolitik betreiben, indem sie sich der Einführung arbeitssparender Maschinen und Arbeitsmethoden widersetzen.

<sup>36)</sup> Es ist unglaublich, welche Absurditäten im Kampfe gegen Warenhäuser und Konsumvereine häufig für gut genug erachtet werden. So begründete z. B. in München in einer kurz vor den Reichstagswahlen stattgehabten Sitzung des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten ein Antragsteller seinen auf stärkere Belastung der Warenhäuser durch die Umsatzsteuer gerichteten Antrag u. A. damit, der Großbetrieb des Kleinhandels in den Warenhäusern sei nicht nur verwerflich, weil er viele Existenzen des Mittelstands vernichte, „der hauptsächlich die Familie bildet und erhält“, sondern auch, weil er Leidenschaften und Instinkte bei den Besuchern hervorrufe, die nicht unbedenklich seien! Ein anderer Redner, der den Kommerzienrattitel führt, meinte, gegenüber dem Einwand, daß ein Münchener Warenhaus im Jahre 1902 bei dem gegenwärtig in Anwendung gebrachten Steuersatze bereits 66 % seines Reingewinnes an die Staatskasse abführe, entweder seien die Bücher dieser Firma falsch geführt — dann schade ihr die stärkere Anziehung der Steuerschraube nichts — oder sie seien richtig geführt; dann sei bewiesen, daß das Geschäft nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns arbeite und es müsse dann erst recht durch die Erhöhung der Steuer dazu erzogen werden, rentabler zu wirtschaften. Vgl. Münchener Gemeindezeitung, Jahrgang 1903, Nr. 46, S. 905.

<sup>37)</sup> Die gegen die Konsumvereine im Schwange befindlichen Argumente zeichnen sich womöglich durch noch größere Geistlosigkeit und Übertreibungen aus, wie die gegen Warenhäuser üblichen. So bezeichnete z. B. der im April 1895 abgehaltene 8. Allgemeine deutsche Handwerkerkongress die Konsumvereine, „als einen Übergriff nackter Selbstsucht in die Existenz und das Recht des Nächsten“ und sah in ihnen „den Keim zur völligen Zerstörung unserer gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und Untergrabung der Monarchie infolge ihrer sozialistischen und kommunistischen Tendenz.“ Ein anderes Schreckensbild entwirft Prof. Dr. Suchsland in seinem Vortrag: „Los von den Warenhäusern u. Konsumvereinen“, wenn er sagt: „Der auf ein glattes Kinn, einen wohl zugestutzten Schnurrbart und eine elegante Frisur seit Jahrhunderten haltende Teil der mit dem Publikum verkehrenden Kaufmannschaft dürfte den Barbieren und Friseuren außerordentlich fehlen, wenn die wenigen den Konsumvereinen noch trotzensden Geschäfte (!) zu weiblicher Bedienung und zum alten Herrenbetrieb übergingen“ (a. a. O., S. 20).



<sup>38)</sup> Eine ausgezeichnete Darlegung der wichtigsten Ursachen, auf welchen die Überlegenheit der Warenhäuser und Konsumvereine gegenüber dem Detailhandel alten Stils beruht, findet sich an einer Stelle, wo man sie zuletzt suchen würde, nämlich in der Begründung zum preussischen Warenhaussteuerentwurf. Da heisst es u. a.: „Durch ihre Kapitalkraft und die Grösse ihres Umsatzes sind jene Betriebe in den Stand gesetzt, sich einen billigeren Einkauf ihrer Waren zu verschaffen, als ihre kleineren Konkurrenten. Sie vermögen grössere, eine reichere Auswahl bietende Läden zu halten, und dabei doch ihr Kapital rascher umzusetzen, das Prinzip des Kaufs nur gegen Barzahlung durchzuführen, brauchen nicht mit Zins- und Kapitalverlusten bei Ausständen zu rechnen und können sich mit einem geringeren Nutzen in einzelnen begnügen oder sogar ohne Gefährdung ihrer Existenz längere Zeit ohne Reinertrag arbeiten. Sie sind in der Lage, ihre Geschäftshäuser bis in die höchsten Etagen zu Verkaufsräumen zu benutzen, während der kleine und mittlere Detaillist nicht daran denken kann, als Verkaufsräume höhere und deshalb billigere Etagen zu mieten. Wie in den Räumen, so ist auch bei dem grossen Umsatz und der infolgedessen durchzuführenden Arbeitsteilung eine lukrativere Ausnutzung des Personals möglich.“ Dem neuerdings in bayerischen Städten um sich greifenden Verbot des Betriebs von Ladengeschäften in den höheren Stockwerken aus feuerpolizeilichen Rücksichten liegt nur eine sehr partielle Einsicht in die Ursachen der Überlegenheit des kaufmännischen Groszbetriebs über den Detailhandel alten Stils zu grunde. Die Wirkung dieses Vorgehens wird letzten Endes eine Verteuerung der Ladenmieten sein, die natürlich den Kleinbetrieb wieder relativ mehr belasten wird, als die Warenhäuser.

<sup>39)</sup> Vgl. Heinrich Waentig, „Gewerbliche Mittelstandspolitik“ Leipzig 1898, S. 204 ff.; Sigmund Mayer, „Die Aufhebung des Befähigungsnachweises in Österreich“ S. 133 ff.

<sup>40)</sup> Rauchberg, „Entwicklungstendenzen der deutschen Volkswirtschaft“ in „Brauns Archiv“ XVI, S. 337.

<sup>41)</sup> „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, herausgegeben vom Kaiserl. statistischen Amt Berlin, 1900, S. 47.

<sup>42)</sup> Vgl. Rauchberg, „Entwicklungstendenzen der deutschen Volkswirtschaft“ („Brauns Archiv“ XVI, S. 340): „... was sonst hätte den Bauernwirtschaften die bevorzugte Stellung auf dem Arbeitsmarkte verschafft, wenn nicht die vergleichsweise bessere Behandlung der Hilfsarbeiter? Und was sonst hätte sie dazu befähigt, wenn nicht die — immer nur vergleichsweise — bessere technische oder ökonomisch wirksamere Verwendung derselben?“

<sup>43)</sup> Vgl. „Die deutsche Volkswirtschaft am Schlusse des 19. Jahrhunderts“, herausgegeben vom Kaiserl. stat. Amt, S. 40 ff.

<sup>44)</sup> Dade, „Die Agrarzölle“, Schriften d. Vereins f. Sozialpol. Bd. 91, S. 60.

<sup>43)</sup> Während die deutsche Getreideeinfuhr 1900 11,7 %, 1901 19,9 % des Inlandsbedarfs betragen hat, mußte Österreich in der gleichen Zeit 39 % und bezw. 33 % seines Bedarfs aus Ungarn einführen. Mit Recht sagt daher Leo Verkauf (Brauns Archiv XVIII, S. 226 ff., „Agrarschutz und Sozialreform“): „Der Verfall der deutschen Landwirtschaft mit abnehmender agrarischer Bevölkerung kann sich . . . immer neben noch der Blüte der österreichischen Landwirtschaft bei überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung sehen lassen“. Vgl. auch Karl Wittgenstein in Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. CXII S. 200 ff. „Österreich hat von allen europäischen Ländern die niedrigsten Preise für Getreide, Vieh, Milch etc. . . . Man hat es mit gutgemeinten Ratschlägen, Genossenschaftsgesetzen und dem Verbot des Terminhandels in Getreide versucht. Hätten unsere Landwirte die Preise für Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Geflügel, wie sie in Deutschland und Frankreich bestehen, sie wären bald imstande, soviel zu ernten, als es dort der Fall ist.“

<sup>46)</sup> Vgl. W. Bajkič, „Französische Handelspolitik 1892—1902“, Stuttgart 1904, S. 475 und „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, herausgegeben vom Kais. Stat. Amt, Berlin 1900, S. 52.

<sup>47)</sup> Rauchberg a. a. O. S. 338.

<sup>48)</sup> Ganz besonders werden es die Handwerker und kleinen Bodenbesitzer sein, welche im Fall einer Brotverteuerung ihre sonstigen Bedürfnisse einschränken müssen. Denn für sie gilt die „Conträr-Theorie“ absolut. Ihr bescheidener Unternehmerngewinn schwindet, wenn gleichzeitig die Kaufkraft ihrer Kunden abnimmt und die Kosten ihrer eigenen Lebenshaltung sich verteuern. Vgl. Lotz, „Der Schutz der deutschen Landwirtschaft etc.“ S. 24 und Mombert, „Die Belastung des Arbeitereinkommens durch die Kornzölle“ S. 25 ff.

<sup>49)</sup> Vgl. Lotz, „Der Schutz der deutschen Landwirtschaft“ S. 50. Für England weist Hermann Levy, „Der Untergang kleinbäuerlicher Betriebe in England“ in „Conrads Jahrbüchern“ 3. Folge, 26. Bd., 1903, S. 145 ff.) überzeugend nach, daß zwischen 1760—1815, einer Periode steigender Getreidepreise, eine starke Verminderung der kleinbäuerlichen Betriebe stattgefunden hat, teils infolge Ankaufs durch den Großgrundbesitz, teils dadurch, daß die Kleinbauern ihr Eigentum verkauften, um dann Pachtgüter zu pachten. Meinte doch Arthur Young: „Ein sehr kleines Gut als Eigentümer zu bewirtschaften, anstatt ein großes Gut von einer anderen Person zu pachten, ist sicherlich ein unrentables Geschäft“. (a. a. O. S. 152.)

<sup>50)</sup> Vgl. hierzu Conrad in seinen „Jahrbüchern“, 3. Folge, 26. Bd., S. 513 ff.

<sup>51)</sup> Vgl. Brentano, „Die Getreidezölle als Mittel gegen die Not der Landwirte in der Monatsschrift „Deutschland“, Februarheft 1903, S. 557 ff.

<sup>52)</sup> Vgl. Lotz, „Der Schutz der deutschen Landwirtschaft und die Aufgaben der künftigen Handelspolitik“ in „Volkswirtschaftliche Zeitfragen“, Heft 170/171, S. 25 u. 50 ff. und derselbe, „Referat über die

Wirkung der gegenwärtigen und Ziele der künftigen Handelspolitik“ in „Schriften des Ver. f. Socialpol.“ Bd. 98, S. 133 ff.

<sup>53)</sup> Vgl. Dietzel, „Sozialpolitik und Handelspolitik“, Berlin 1902, S. 36.

<sup>64)</sup> Vgl. Conrad, „Die Stellung der landwirtschaftlichen Zölle in den 1903 zu schließenden Handelsverträgen Deutschlands“ in „Schriften des Ver. f. Sozialpolitik“ Bd. 90, S. 105 ff.

Conrad ist bekanntlich für die Beibehaltung des 3 Mk. 50 Pf. Zolls auf Brotgetreide eingetreten, weil eine „schnelle und gänzliche Beseitigung ihre entschieden Bedenken habe“. Im übrigen führt er sehr richtig aus: „Schon allein durch eine Verkleinerung der großen Güter würde die Viehzucht einen bedeutenden Aufschwung zu nehmen vermögen mit nur mäßiger Verminderung des Getreidebaues. Die Statistik ergibt, daß auf den kleineren und mittleren Bauerngütern im Durchschnitt der doppelte Viehstand gehalten wird, wie auf den großen Gütern. Nach der Zählung von 1895 wurden auf 1000 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche auf Grundstücken von 2—100 ha 598 Stück Rindvieh, auf Gütern über 100 ha nur 250 Stück gehalten; an Schweinen auf ersteren 402, auf den letzteren 113 Stück. Die Zerschlagung der letzteren würde deshalb schon eine derartige Verschiebung des landwirtschaftlichen Betriebes in sich schließen, wie sie die Preisveränderung als das Natürliche erscheinen läßt; denn wir sahen, daß die tierischen Produkte fortdauernd an Wert gewonnen haben, wie die Körner daran verloren. Ein Getreidezoll muß diesen natürlichen Prozeß aufhalten, ein Zoll auf tierische Produkte oder Vieh selbst fördern. Der letztere wird deshalb viel mehr zeitgemäß erscheinen als der Getreidezoll.“ (a. a. O. S. 154.)

<sup>55)</sup> Vgl. Schäffle, „Ein Votum gegen den neuesten Zolltarifsentwurf“, Tübingen 1902, S. 35 ff.

<sup>56)</sup> Vgl. hierzu Kuczynski, „Der Zug nach der Stadt“, Stuttgart 1897, S. 110 ff.

<sup>57)</sup> Vgl. Statistik des deutschen Reiches, Bd. 150, S. 65.

<sup>58)</sup> Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, S. 470.

<sup>59)</sup> Naumann, „Neudeutsche Wirtschaftspolitik“, S. 60 f. Vgl. übrigens auch Oldenberg, „Deutschland als Industriestaat“, S. 7. „Wo Großbesitz herrscht, ist die Masse der ländlichen Bevölkerung unendlich beweglicher, sie folgt dem Lockruf des Kapitals in die hoch rentable Industrie viel leichter und viel massenhafter, als in Bäuerstaaten, wo die Bevölkerung zäh an der Scholle haftet.“

<sup>60)</sup> Sehr beachtenswert ist der Hinweis darauf, daß sich die Sesshaftigkeit der gewerblich-städtischen Bevölkerung „bereits auch in der jetzt viel häufigeren und frühzeitigeren Familienbildung der industriellen Arbeiterschaft bemerkbar macht.“ Vgl. Zahn, „Die Volks-Zählung 1900 und die Großstadtfrage“ in Conrads Jahrbüchern, 3. Folge, 26. Bd., S. 203.



<sup>61)</sup> Vgl. Huber, „Industriestaats“, Stuttgart 1901, S. 271 und Lamprecht, „Deutsche Geschichte“, 2. Ergänzungsband, 1. Hälfte, S. 393.

<sup>62)</sup> Vgl. hierzu Sombart, „Kapitalismus“ 1, S. 627.

<sup>63)</sup> Diese uns drohende Entwicklung bildet einen seltsamen Gegensatz zur amerikanischen. Denn hier hat gerade umgekehrt, dank dem Reichtum an jungfräulichem Boden, den der große amerikanische Westen darbot, und dank der Heimstättegesetzgebung, der im Handwerk oder in der Industrie verunglückte Städter eine neue Existenz auf dem Lande gefunden. Dies ist einer der wichtigsten Erklärungsgründe dafür, warum es in den Vereinigten Staaten eine Mittelstandsbewegung entsprechend der unsrigen nicht gegeben hat, obwohl sich dort der Verfall veralteter Betriebsformen noch viel rapider vollzogen hat, als bei uns. Verkehrsfeindliche Bewegungen in begrenzterem Sinne und von kürzerer Dauer hat es freilich auch in den Vereinigten Staaten gegeben — so die gegen die Einwanderung gerichtete Knownothing-Bewegung der fünfziger, die inflationistische Bewegung der sechziger, die eisenbahnfeindliche Grangerbewegung der siebziger, und endlich die Silberbewegung der achtziger und neunziger Jahre — und es ist charakteristisch, daß den Herd aller dieser Bewegungen immer der wachsende Westen gebildet hat.

<sup>64)</sup> Vgl. Schomerus, „Das Kleingewerbe“, Stuttgart 1902, S. 93.

<sup>65)</sup> Vgl. Rothe, „Das deutsche Fleischgewerbe“, S. 160.

<sup>66)</sup> Einstweilen ist es vorwiegend das Rabattmarkensystem, das insbesondere die kleineren Betriebe, die auf das Arbeiterpublikum vorwiegend angewiesen sind, schädigt. Die Eigenschlächtereien der Konsumvereine dagegen, die in England schon große Dimensionen angenommen hat, ist bei uns aus naheliegenden Gründen noch nicht rentabel. Vgl. Rothe, a. a. O., S. 192 f.

<sup>67)</sup> A. Voigt hat bei der Erörterung der Handwerkerfrage im Kreise des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1897 in Köln einige ganz interessante Mitteilungen hierüber gemacht.

Er führte damals aus: (Vgl. Schriften, Bd. 76, S. 112—113.) „Im Kölner Adreßbuch fand ich 640 Bäcker verzeichnet, in dem von Birmingham 589, dagegen gab es in Köln nur 89 Konditoreien gegen 484 in Birmingham. Metzgereien aller Art sind in Köln 554 angeführt, worunter drei Großmetzgereien, während es in Birmingham nach dem Directory 615 Metzger und dazu noch besonders 121 Schweinemetzger und 2 Pferdeschlächter giebt, zusammen 738, eine Zahl, die nicht allzusehr von der entfernt ist, die der Einwohnerzahl im Verhältnis zu der Kölns entsprechen würde“, und weiter: „Das Bureau of Statistics of Labor des Staates New-York hat 1895 eine Untersuchung der Bäckereien in diesem Staate vorgenommen, aus der hervorgeht, daß die große Mehrzahl der Betriebe dort handwerksmäßige Kleinbetriebe sind. Fast die Hälfte der befragten Arbeiter hatte noch Kost und Logis beim Meister.“

Besonders interessant sind die von Voigt mitgeteilten Ziffern über die Zahl der Konditoreien in Birmingham. In ihnen kommt die hohe

Konsumfähigkeit der englischen Arbeiterschaft deutlich zum Ausdruck, freilich auch die Tatsache, daß wir bis vor kurzem durch „dumping“ in Zucker den Engländern das Leben versüßt haben. Es läge darum nur eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit darin, wenn sich, dank dem Einflusse des hervorragenden Bürgers von Birmingham, der sich im Augenblick um die Verteuerung der Lebenshaltung der großen Mehrheit seiner Mitbürger so lebhaft bemüht, in nächster Zukunft das Mißverhältnis zwischen der Höhe des Konsums des Kölner und des Birminghamer Arbeiters ein wenig ausgleichen würde. Leider ist wenig Aussicht dazu vorhanden. Denn, ob England Lebensmittelzölle erhalten wird, ist ebenso ungewiß, als daß wir die unsrigen so bald verlieren werden.

<sup>68)</sup> Eine sehr gute Übersicht über die in den Vereinigten Staaten vorhandenen Trusts und ihr Nominalkapital gibt Goldberger, „Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ S. 225 ff.

Daß natürlich auch andere Faktoren neben dem Zollschutz die Trustbildung in den Vereinigten Staaten gefördert haben, ist klar. Vor allem die Tarifpolitik der Eisenbahnen. Doch gilt auch hier, wie so häufig, daß es schwer zu sagen ist, was Wirkung und was Ursache gewesen ist: War es der mit Hilfe des Schutzzolls übermächtig gewordene Großbetrieb, der den Eisenbahngesellschaften Vorzugsfrachtsätze aufgezwungen hat, oder war es die Eisenbahngesellschaft, welche durch Vorzugstarife einzelne Großbetriebe übermächtig gemacht hat? Man braucht nur die englische Entwicklung mit der amerikanischen zu vergleichen, um zu erkennen, daß der Zollschutz doch das wichtigere gewesen sein muß, und daß Herr Havemeyer, das Haupt des amerikanischen Zuckertrusts, die Wahrheit gesprochen hat, wenn er vor der Industrial Commission aussagte: „the mother of trusts is the customs tariff law“ — natürlich — „sugar refining excepted.“

<sup>69)</sup> Es zeugt von dem gesunden Sinn der Amerikaner für trockenen Humor, wenn hin und wieder dem Verlangen der Tarifreformer nach Ermäßigung der Schutzzölle von protektionistischer Seite mit dem Argument begegnet wird, diese müßten im Interesse der kleineren Betriebe beibehalten werden, die nicht für den Weltmarkt arbeiteten und daher ein dauerndes Interesse an der Hochhaltung der Inlandspreise besäßen. Es erinnert dies an unser Argument vom „Schwein des kleinen Mannes“, welches so oft zur Rechtfertigung großagrarischer Wünsche hat herhalten müssen.

<sup>70)</sup> Über die analoge russische Entwicklung, vgl. insbesondere Dietzel, „Die Theorie von den drei Weltreichen“, Berlin 1900, S. 50 und derselbe „Sozialpolitik und Handelspolitik“ Berlin 1902, S. 17.

<sup>71)</sup> Kontradiktorische Verhandlungen über deutsche Kartelle. Berlin 1903, Heft 1, S. 229.

Daß auch diese Entwicklung typisch ist, beweisen wiederum die amerikanischen Erfahrungen. Victor Grätz äußert sich hierüber in

seinem ausgezeichneten Vortrage über „das Problem der amerikanischen Trusts“ (Volkswirtschaftliche Wochenschrift, Organ der Gesellschaft österreichischer Volkswirte, Jahrgang 1892, No. 987 ff.) wie folgt:

„Der Produzent schreibt dem Händler gewisse Verkaufspreise vor; der Händler gerät, wenn ich so sagen darf, in Preishörigkeit. Da der Händler durch seine Preispolitik die Preispolitik des Produzenten durchkreuzen könnte, bestimmt der Produzent die Verkaufspreise und dehnt so seinen Unternehmerwillen aus. Im Rabatt liegt gewöhnlich die Sanktion für den Preisgehorsam. Diese „factor agreements“ — sie werden auch als „equity“ oder „rebate-system“ bezeichnet — sind nicht nur das Resultat einer Intensifizierung des Unternehmerwillens des Produzenten, auch die Händler vereinheitlichen ihre Unternehmerwillen, wenn sie dieses System durchführen, die oft ruinöse Konkurrenz der Händler findet mit dem agreement ein Ende . . .“

„Seife, Zucker, Backpulver und andere Waren werden unter Bedingungen gehandelt, die durch ein solches „factor agreement“ bestimmt worden sind. Eine Ausdehnung kann der Vertragsinhalt der agreements dadurch erfahren, daß dem Händler vorgeschrieben wird, welche Waren er überhaupt führen darf. Die Unternehmerstellung des Händlers wird immer mehr beschränkt, sie sinkt endlich auf nichts herab, aus dem Händler ist der Leiter einer Verkaufsniederlage geworden.“ Freilich ist auch der umgekehrte Fall denkbar und vorgekommen, daß nicht der Händler in Preishörigkeit verfällt, vielmehr der Produzent in „Markthörigkeit“ gerät, z. B. von Warenhäusern ganz und gar abhängig wird.

<sup>72)</sup> Vgl. hierzu Pohle, „Die neuere Entwicklung des Kleinhandels“ S. 16, der über die vom Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender im August 1900 in Stettin als „unberechtigte Bevormundung und Schädigung des Detailhandels“ gebrandmarkte Preispolitik der Zentrale für Spiritusverwertung sehr richtig bemerkt: „Die Kleinhändler sind in diesem Fall über das an sie gestellte Ansinnen um so mehr empört, als es von der ihnen befreundeten agrarischen Seite ausgeht, die sich sonst in „Mittelstandspolitik“ und in Vorschlägen zum Schutz des bedrängten Kleinhandels nicht genug tun kann“. (a. a. O. S. 50.)

Daß diese befreundete Seite auch sonst leicht in der Praxis ihre Mittelstandsfreundlichkeit vergißt, beweist u. a. der mit Hilfe der preuß. Zentralgenossenschaftskasse gegründete Berliner Milch-Ring (vgl. Crüger, „Handel und Genossenschaftswesen“, Berlin 1902, S. 7 u. 31).

<sup>73)</sup> In Bayern können Familienfideikommisse nur „zum Vorteil adeliger Personen und Familien errichtet werden“. In Preußen sind im Prinzip auch Bürgerliche zugelassen. Allein neben 886 adeligen gibt es zur Zeit nur 97 bürgerliche Fideikommisse. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich dies in Zukunft ändert. Denn, wenn in der Begründung des neuen Fideikommisssentwurfs u. a. ausgeführt wird: „Das Staatswesen, wie es sich in Deutschland entwickelt hat, kann das volle



Gedeihen nur dann finden, wenn über das Land hin eine Anzahl angesehener, hervorragend angesehener und bemittelter Existenzen verbreitet sind, deren Sinn und Verständnis von Jugend auf den öffentlichen Angelegenheiten des Kreises, der Provinz, des Staates erschlossen ist, und die deshalb in den Organen der Selbstverwaltung wie der staatlichen Gesetzgebung nicht nur mit uneigennütziger Hingebung, sondern auch mit gründlicher Kenntnis der Zustände des Landes tätig sind“, so ist nicht einzusehen, inwiefern diese Begründung auf den feudalen Grundbesitz mehr zutreffen sollte als auf den rheinisch-westfälischen Fabrikfeudalismus. Mindestens die „uneigennützigste Hingebung“ dürfte auf beiden Seiten gleich groß sein.

<sup>74)</sup> W. v. Schröder, „Fürstliche Schatz- und Rentenkammer“, Leipzig 1721, S. 302, 348.

Ganz ähnlich äußerte sich der Verfasser des „Bayer. Landrechts“, der Frhr. v. Kreittmayr, in seiner kräftigen Art, wenn er vom Handwerkerrecht seiner Zeit sagt: „Der Hund sei nicht mit so viel Flöhen angefüllt, wie das Handwerk mit Mißbräuchen“. Vielleicht ist es nicht ganz unnütz, in diesem Zusammenhang die Rechtfertigung der Aufhebung der Zünfte zu reproduzieren, mit welcher Turgot sein Reformedikt von 1776 einleitete: „Indem Gott dem Menschen Bedürfnisse gab und ihm den Ertrag der Arbeit nötig machte, hat er aus dem Recht zu arbeiten ein Eigentum jedes Menschen gemacht und dieses Eigentum ist das erste, das heiligste und unveräußerlichste aller Güter . . . Dem gemäß wollen wir abschaffen jene willkürlichen Anstalten, welche dem Dürftigen nicht erlauben, von seiner Arbeit zu leben; die das weibliche Geschlecht zurückstoßen, dem seine Schwäche mehr Bedürfnisse und weniger Hilfsquellen gegeben hat und die, indem sie es zu unentrinnbarer Armut verurteilen, der Verführung und dem Laster Vorschub leisten; die den Wettbewerb und den Gewerbefleiß ersticken und die Talente derer nutzlos machen, denen die Umstände den Eintritt in die Innung verschließen; welche den Staat und die Gewerbe der Förderung berauben, welche durch Fremde hereingebracht werden könnten; die den Fortschritt dieser Gewerbe hemmen durch die zahllosen Schwierigkeiten, denen unzünftige Erfinder bei Verwertung ihrer Entdeckungen begegnen, die durch die ungeheuren Kosten, welche der Erwerb der Arbeitsrechte den Gewerbetreibenden verursacht, durch die zahllosen Erpressungen, denen sie unterliegen, durch die häufigen Beschlagnahmen wegen angeblicher Übertretungen, durch Ausgaben und Vergeudungen aller Art, durch endlose Prozesse über die gegenseitigen Rechte der Zünfte die Industrie mit einer enormen Steuer belasten, die den Untertanen verderblich und dem Staat gänzlich nutzlos ist; die endlich durch die Leichtigkeit sich zusammentun und die ärmeren Mitglieder unter das Gesetz der reicheren zu beugen ein Werkzeug des Monopols werden und die Kunstgriffe begünstigen, durch die der Preis der zur Lebensnotdurft des Volkes unentbehrlichsten Gegenstände unnatürlich gesteigert wird“. (Vgl. Oncken, „Das Zeitalter Friedrichs des Großen“ Bd. 2, S. 592 f.

<sup>75)</sup> Vgl. Fr. List, „Das deutsche Eisenbahnsystem“, Stuttgart 1841, S. 12 Anm.

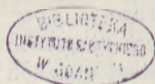
<sup>76)</sup> Vgl. Waentig, „Gewerbliche Mittelstandspolitik“, Leipzig 1898, S. 480.

<sup>77)</sup> Wer sich für die Einzelheiten dieser österreichischen Gewerbestreitigkeiten interessiert, findet in dem Buche von Sigmund Mayer, „Die Aufhebung des Befähigungsnachweises in Österreich“, Leipzig 1894, S. 50 ff., eine ausgezeichnete Darstellung derselben. Vgl. auch Röhl „Der Befähigungsnachweis“, Leipzig 1902, S. 28 über die praktischen Erfahrungen Preussens mit der Wiedereinführung des Befähigungsnachweises 1849—1869.

<sup>78)</sup> Vgl. hierzu Philippovich, „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, Bd. 76, S. 121.

<sup>79)</sup> Vgl. „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“, Bd. 76, S. 91.

<sup>80)</sup> Vgl. Lexis in der Abh. „Großbetrieb und Kleinbetrieb“ im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ Bd. IV, S. 792.



M 31337